

Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2013

Delta Lloyd Pensionskasse Aktiengesellschaft,
Wiesbaden

Bericht
über das Geschäftsjahr
2013

Inhaltsverzeichnis	Seite
VERWALTUNGSORGANE.....	1
LAGEBERICHT DER DELTA LLOYD PENSIONSKASSE AG.....	2
BERICHT DES VORSTANDES.....	2
RISIKEN DER KÜNFTIGEN GESCHÄFTSENTWICKLUNG.....	9
AUSBLICK.....	20
JAHRESABSCHLUSS.....	25
JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013.....	26
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013.....	27
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR.....	29
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	29
Erläuterungen zur Jahresbilanz.....	31
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	34
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS.....	37
ERGEBNISVERWENDUNGSVORSCHLAG.....	38
BERICHT DES AUFSICHTSRATS.....	39
ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG FÜR DAS JAHR 2014.....	40

Delta Lloyd Pensionskasse
Aktiengesellschaft
65189 Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Park 1

Verwaltungsorgane

Aufsichtsrat

Paul Kerst Medendorp

Vorsitzender

Mitglied des Executive Board der Delta Lloyd N.V., Amsterdam

Sven Williamson (ausgeschieden zum 11. September 2013)

Stv. Vorsitzender

Direktor Planung, Controlling & Aktuariat Delta Lloyd Schadeverzekeringen N.V., Amsterdam

Prof. Dr. Elmar Helten

Stv. Vorsitzender (mit Wirkung zum 28. November 2013)

Universitätsprofessor emeritiert, Starnberg

Peter Paul Boon (mit Wirkung zum 14. Oktober 2013)

Direktor Tax Delta Lloyd N.V., Amsterdam

Vorstand

Christof W. Göldi,

Vorsitzender des Vorstandes

Controlling

Unternehmensplanung

Personal

Direktionssekretariat

Revision

Konzernkommunikation

Informationstechnologie

Recht & Steuern

Kundendienst

Risikomanagement

Heinz-Jürgen Roppertz,

Ordentliches Vorstandsmitglied

Aktuariat

Rechnungswesen

Grundbesitz

Kapitalanlagen

Hypotheken

Lagebericht der Delta Lloyd Pensionskasse AG

Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach einer Schätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie weiterer Konjunkturforscher kann für das Jahr 2013 von einem weltweiten realen BIP-Wachstum von rund 2,9 Prozent ausgegangen werden. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem noch ein Wachstum von 3,2 Prozent erzielt werden konnte, hat die weltweite konjunkturelle Entwicklung leicht an Dynamik und Schwung verloren. Während sich das Wachstum der Schwellenländer auf recht hohem Niveau leicht abgeschwächt hat, wurde die positive konjunkturelle Entwicklung der Weltkonjunktur auch wieder verstärkter durch die Industrieländer gestützt. Hierbei konnte vor allem die USA das Wachstumstempo im Laufe des Jahres trotz der politischen Auseinandersetzungen, die im Oktober in einem Shut out eskalierten, erhöhen. Japan hat durch die sehr expansive Wirtschaftspolitik der japanischen Regierung einen positiven Beitrag zum weltweiten Wirtschaftswachstum beigetragen. China sticht unter den Schwellenländern auch mit seinem Wachstum von voraussichtlich 7,6 Prozent (Vorjahr: 7,7 Prozent) und einem Anteil von circa 15 Prozent am Welt-BIP heraus. Damit wächst China noch immer auf einem unglaublich hohen Niveau stetig weiter, wenn sich auch das Wachstumstempo im Vergleich der letzten fünf Jahre verlangsamt hat. Nach sechs Quartalen der wirtschaftlichen Schrumpfung konnten die Länder der Europäischen Währungsunion als Ganzes im zweiten und dritten Quartal 2013 wieder wachsen. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, zumal nach Portugal auch Spanien wieder ein positives Wachstum ausweisen kann. Zudem hat Irland Ende 2013 angekündigt, den europäischen Rettungsschirm ab 2014 nicht mehr zu benötigen. Trotz dieser positiven Zeichen ist für den Euroraum insgesamt noch mit einem leicht negativen Wachstum von voraussichtlich 0,4 Prozent für 2013 zu rechnen.

Die aktuellen Konjunkturprognosen führender Konjunkturforscher Deutschlands erwarten für die deutsche Volkswirtschaft beim realen Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich ein Wachstum von rund 0,5 Prozent für das Geschäftsjahr 2013. Damit hat sich das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr 2012 (+ 0,9 Prozent) leicht abgeschwächt. Im Vergleich zum negativen Wachstum des Euroraumes oder anderer europäischer Kernländer wie Frankreich oder Italien erweist sich die deutsche Volkswirtschaft auch für das Jahr 2013 wieder einmal als relativ robust. Positive Impulse für das deutsche Wachstum kamen dabei überwiegend aus der Binnenwirtschaft. Die gestiegenen privaten Konsumausgaben, finanziert unter anderem aus einer vergleichsweise niedrigeren Sparquote sowie einen Anstieg der staatlichen Konsumausgaben, spielten dabei für das deutsche Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle.

Die positive Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2013 hat ganz wesentlich zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beigetragen. Auf der Basis der bislang vorliegenden Zahlen und Daten ist die Zahl der Erwerbstätigen in 2013 kontinuierlich angestiegen. Voraussichtlich wird sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Mio. auf über 41,8 Mio. Erwerbspersonen erhöhen. Auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist erheblich gestiegen. Dieses Beschäftigungswachstum spiegelt sich auch in der Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt wieder, die voraussichtlich unter 2,85 Mio. liegen dürfte. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote wird sich damit voraussichtlich von 6,8 Prozent im Vorjahr auf 6,7% im laufenden Jahr 2013 verbessern. Sowohl die größere Anzahl an Erwerbstätigen als auch der für 2013 festzustellende reale Einkommenszuwachs, auch bedingt durch den nur moderaten Preisanstieg in Deutschland, führten im laufenden Jahr zu einem höheren privaten Konsum und zu Wirtschaftswachstum.

Entscheidungen der internationalen Zentralbanken haben wie auch im Vorjahr ganz wesentlich die Entwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst, wenn nicht sogar bestimmt. Im Vorjahr hat das Signal der Europäischen Zentralbank (EZB), in unbegrenztem Umfang Staatsanleihen der europäischen Krisenländer zu kaufen, um ein Scheitern des Euro zu verhindern, das Vertrauen der Investoren in den Euro-Raum wieder zurückgewonnen. Einige Krisenländer wie Portugal, Spanien oder Irland nutzten die somit durch die EZB zur Verfügung gestellte Zeit, Maßnahmen zur Konsolidierung ihrer jeweiligen Haushalte zu ergreifen und strukturelle Reformen einzuleiten. Die Rückkehr zu Wachstum oder der geplante Austritt Irlands aus dem Rettungsschirm bestätigen diese Länder in ihren Anstrengungen. Die expansive Geldpolitik der japanischen Notenbank, die Information über die Reduzierung des Tapering um 10 Mrd. US-Dollar auf 75 Mrd. US-Dollar pro Monat durch die FED zum Ende des Jahres 2013 sowie die Reduzierung des Leitzinses auf 0,25 Prozent durch die EZB stellten der Weltwirtschaft in einem unglaublichen Maße auch in 2013 Liquidität zur Verfügung. Diese von den Zentralbanken zur Verfügung gestellte Liquidität soll die Geschäftsbanken unterstützen, Probleme in den Bankbilanzen zu reduzieren bzw. zu beseitigen.

Außerdem sollte sie die Geschäftsbanken darin unterstützen, der realen Wirtschaft Darlehen zu geringen Zinsen zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen der EZB führten dazu, dass Erträge in kurzfristigen Zinstiteln kaum mehr wahrgenommen werden konnten oder sogar negativ waren. Investitionen in Staatsanleihen mit einem AAA Rating, wie die deutschen Staatsanleihen, waren als sicherer Hafen für Investoren gesucht. Nach dem Downgrading von Frankreich und Holland in 2013 aus dem AAA-Bereich gibt es neben Deutschland kaum noch weitere Staaten in Europa mit einem AAA-Rating. Dies drückt sich auch in den Renditen 10jähriger Bundesanleihen aus. Zum Jahresende 2012 wurden für 10jährige Bundesanleihen 1,316 Prozent gegeben. Im Laufe des Jahres 2013 zeigten sich die Umlaufrenditen dieser Anleihen als überaus volatil. Mit nur 1,165 Prozent erreichte die Umlaufrendite Anfang Mai 2013 ihren niedrigsten Wert, um dann im weiteren Verlauf des Jahres zu steigen. Im September erreichte die Umlaufrendite 2,045 Prozent und schloss zum Jahresultimo mit 1,929 Prozent. Die Umlaufrendite deutscher 10jähriger Staatsanleihen hat sich in 2013 um mehr als 46 Prozent erhöht. Dies ist allerdings eine Erhöhung auf äußerst niedrigem Niveau. Der Abstand der Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen zu Anleihen einiger europäischer Krisenländer hat sich in 2013 weiter eingeeengt, was auf Maßnahmen der EZB und auch auf die Anstrengungen in Infrastrukturmaßnahmen dieser Länder zurückzuführen ist.

Die enorme Liquidität, die fehlenden Investitionsalternativen bei Anleihen, aber auch die positiven Entwicklung der Gewinne in verschiedenen Branchen und bei vielen Unternehmen haben die positive Entwicklung an den Aktienmärkten bestimmt. Der deutsche Aktienindex DAX 30 schloss mit 9.552 Punkten (Vorjahr: 7.612 Punkte), nachdem im Dezember mit 9.589 Punkten für den DAX 30 das bisherige Allzeithoch erreicht wurde. Nachdem der DAX 30 bereits im Vorjahr um 29 Prozent steigen konnte, verbesserte er sich in 2013 nochmals um rund 25 Prozent- allerdings auf sehr hohem Niveau. Dividendenrenditen, auch auf diesem hohen Niveau, waren 2013 bei vielen DAX 30 Titeln höher als die Rendite deutscher Staatsanleihen. Dieser positiven Entwicklung des deutschen Aktienmarktes folgten aber Aktien, Anleihen und Währungen vieler Schwellenländer nicht. Die Ankündigung der FED in den Ausstieg aus der ultra lockeren Geldpolitik hat zu einem Schock für viele Schwellenländer geführt. Der Einbruch der Märkte der Schwellenländer war eine der negativen Überraschungen im Jahr 2013.

Lebensversicherungsmarkt

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) hat im Rahmen einer vorläufigen Schätzung mitgeteilt, dass die gebuchten Brutto-Beiträge der deutschen Lebensversicherungsunternehmen im Vergleich zum Vorjahr angestiegen sind. Es werden gebuchte Brutto-Beiträge in Höhe von 87,3 Mrd. Euro erwartet. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Anstieg in Höhe von 0,6 Prozent. Dieser Anstieg ist vor allem der Zunahme bei den Einmalbeiträgen geschuldet. Hierbei war die Nachfrage nach Einmalbeiträgen für Rentenversicherungen sowie für Kapitalisierungsgeschäfte von besonderer Bedeutung. Die gesamten gebuchten Brutto-Beiträge in Höhe von 87,3 Mrd. Euro gliedern sich dabei in lfd. Beiträge von 62,0 Mrd. Euro sowie Einmalbeiträge von 25,3 Mrd. Euro. Nach einer Normalisierung in 2012 spielten Einmalbeiträge für den Vertrieb somit eine bedeutende Rolle. Im Gegensatz zum Vorjahr spielten Einmaleffekte wie der Unisex-Schlussverkauf im Vorjahr für die positive Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge allerdings keine Rolle. Der Trend zugunsten von Lebensversicherungsverträgen mit rentenförmigen Auszahlungen konnte sich auch im Jahr 2013 wie in den Vorjahren weiter fortsetzen.

Die Versicherungsbranche musste sich im Jahr 2013 mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass die Leistungsbearbeitung systematisch verschleppt und verzögert würde. Dieser Vorwurf war und ist ungerechtfertigt. Die Landesjustizverwaltungen haben auf eine Umfrage des Bundesjustizministeriums bestätigt, dass es keine grundsätzliche Regulierungspraxis bei der Leistungsbearbeitung von Versicherungsfällen zu Lasten der Kunden und Versicherungsnehmer gibt. Somit wurde von offizieller Seite die Qualität unserer Schadensbearbeitung dokumentiert und bestätigt.

Der Zeitplan für die Umsetzung des größten Reformvorhabens der europäischen Versicherungsaufsicht wurde durch die Einigung bei den Triloggesprächen im 4. Quartal 2013 festgelegt. Demnach sollen die Vorschriften von Solvency II ab dem 1. Januar 2016 angewendet werden. Aber bereits in 2014 und 2015 sollen Reportings und Informationen von der Versicherungsbranche an die BaFin geschickt werden, um dieser die Möglichkeit zu geben, sich ein Bild über den Umsetzungsstand der Solvency II Anstrengungen in den Unternehmen zu machen.

Viele Kapazitäten, auch die der Versicherungsbranche, wurden 2013 in die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das neue SEPA-Format, das ab dem 01. Februar 2014 gesetzlich anzuwenden ist, investiert. Ebenso musste sich die Versicherungsbranche mit dem Thema eBilanz auseinandersetzen, da steuerrelevante Daten zu Abschlüssen des Jahres 2013 ab dem Jahr 2014 elektronisch an die Finanzämter weiterzuleiten sind.

Im 1. Quartal 2013 hat der Bundesrat seine Zustimmung für eine Kürzung der Weitergabe von Bewertungsreserven auch für festverzinsliche Wertpapiere an ausscheidende Versicherungsnehmer verweigert. Lebensversicherer werden daher für ausscheidende Versicherungsnehmer rund 3 Mrd. Euro zusätzlich im Geschäftsjahr 2013 auszahlen müssen.

Die Europäische Zentralbank versucht, mit künstlich sehr niedrigen Zinsen sowie einer reichlichen Liquiditätsversorgung der anhaltenden Banken- und Staatschuldenkrise zu begegnen. Diese Anstrengungen waren dahingehend erfolgreich, als die Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten nachgelassen und die Angst des Auseinanderbrechens des Euroraums gebannt scheint. Im Finanzstabilitätsbericht 2013 der Deutschen Bundesbank wird aber auch auf die Gefahren mit zunehmender Dauer des Niedrigzinsumfeldes verwiesen. Insbesondere die Lebensversicherungen stehen hier dem Bericht zufolge unter besonders großem Druck. Bei dauerhaft niedrigen Zinsen wird es für die Lebensversicherungsunternehmen immer problematischer, den Garantiezins für die Versicherungsnehmer sowie die Aufwendungen für die Zinszusatzreserve zu verdienen. Die Belastungen aus den niedrigen Zinsen zeigen unter anderem auch Auswirkungen auf die rückläufige Entwicklung der Überschussbeteiligung der deutschen Lebensversicherungsunternehmen.

Im 3. Quartal wurde die Heidelberger Lebensversicherung an einen britischen Kapitalinvestor und ein deutsches Rückversicherungsunternehmen verkauft mit dem Ziel, diese Lebensversicherung als Abwicklungsspezialisten für Lebensversicherungsbestände zu nutzen. Somit könnte Run-Off auch für den deutschen Markt ein interessantes Geschäftsmodell sein. Entsprechende Überlegungen hat es nicht nur bei der Heidelberger Leben und deren Investoren gegeben.

Entwicklung der Delta Lloyd Deutschland AG

Im Jahr 2010 hat die Delta Lloyd N.V., Amsterdam, Muttergesellschaft der Delta Lloyd Deutschland AG, entschieden, sich auf ihre Kernmärkte Holland und Belgien zu konzentrieren und sich aus dem deutschen Lebensversicherungsmarkt zurückzuziehen. Seit 2010 wird daher das aktive Run-Off Geschäft für die Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG betrieben. Somit wird kein Neugeschäft mehr aktiv angenommen. Die Lebensversicherungen der Delta Lloyd Deutschland AG gehören somit nicht mehr zu den Kernaktivitäten der holländischen Delta Lloyd N.V., Amsterdam.

Sven Williamson ist aus dem Aufsichtsrat der Delta Lloyd Deutschland AG und der deutschen Delta Lloyd Lebensversicherungen im 3. Quartal 2013 ausgeschieden. In der Delta Lloyd Deutschland AG konnten wir als seinen Nachfolger Theo Berg gewinnen, der Chief Risk Officer der Delta Lloyd N.V., Amsterdam ist. Die Nachfolge in den Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG hat Peter Paul Boon, Leiter der Group-Steuerabteilung der Delta Lloyd N.V., Amsterdam angetreten.

Zur Stärkung der Solvabilität der Hamburger Lebensversicherung AG hat die Delta Lloyd Deutschland AG Teile eines Nachrangdarlehens in Eigenkapital im Laufe des Geschäftsjahres 2013 umgewandelt.

Entwicklung der Delta Lloyd Pensionskasse AG

Die Delta Lloyd Pensionskasse AG befindet sich im 4. Jahr ihres aktiven Run-Off Geschäftes. Bis auf Dynamikerhöhungen wurde das gesamte Neugeschäft seit Mitte des Jahres 2010 eingestellt. Verträge mit Vertriebspartnern wurden gekündigt. Ebenso wurden in allen Bereichen Mitarbeiter sozialverträglich abgebaut. Der Fokus der Tätigkeiten eines Run-off Unternehmens liegt in einer kosteneffizienten Optimierung von Prozessen und Abläufen.

Die Entwicklung der Delta Lloyd Pensionskasse AG wurde ganz wesentlich in Bezug auf das Ergebnis durch die künstlich niedrigen Zinsen sowie den damit korrespondierenden ansteigenden Aufwendungen für die Zuführung zur Zinszusatzreserve geprägt. Neuanlagen im Kapitalanlagenbereich mit einer hinreichend hohen Rendite zur Finanzierung der Garantiezusagen gegenüber dem Versicherungsnehmer wurden 2013 mit einem niedrigeren Rating und damit höheren Risiko erkaufte. Anfang 2013 haben wir aus unserem Luxemburger Grundstücksfond, an dem die Delta Lloyd Pensionskasse AG zusammen mit der Delta Lloyd Lebensversicherung AG und der Hamburger Lebensversicherung AG beteiligt ist, die Wohnimmobilien verkauft. Der Markt für Wohnimmobilien hatte in den letzten Jahren einen positiven Anstieg gesehen. Somit war der Zeitpunkt gut, Optimierungen auch in Bezug auf Solvency II zu beginnen. Freiwerdende Mittel wurden überwiegend im Geschäftsjahr in festverzinsliche Wertpapiere reinvestiert.

Das Projekt SEPA wurde Ende des Geschäftsjahres 2013 umgesetzt. Dies war ein gesetzlich vorgeschriebenes Projekt im Zahlungsverkehr, aus dem wir kaum positive Aspekte gewinnen konnten, da wir kaum Kunden mit Konten im europäischen Ausland haben. Das Projekt eBilanz konnten wir implementieren und mit der Finanzverwaltung erfolgreich testen. Einem Reporting an die Finanzbehörden für die Jahresabschlüsse 2013 stehen wir optimistisch gegenüber.

Durch die Einigung im Rahmen der europäischen Triloggespräche ist Klarheit über den Startzeitpunkt in das Projekt Solvency II gekommen. Der Termin für die Einführung ist mit dem 01. Januar 2016 klar vorgegeben. Wir überarbeiten und optimieren unseren Delta Lloyd Solvency II Projektplan auf der Basis der neuen Festlegungen. Wir haben uns bereits während des Jahres 2013 mit einer Verbesserung der Prozesse bei der Berechnung des Solvenzkapitals unter Anwendung der Standardformel, der Berechnung der Marktwertbilanz sowie vorbereitenden Maßnahmen für das ORSA intensiv auseinandergesetzt.

Während des Jahres 2013 gab es diverse Anfragen und Aufgaben durch die Aufsichtsbehörde BaFin, die wir fristgerecht an die BaFin geschickt haben.

Würdigung der Prognosen für 2013

Für 2013 sind wir von einem Wachstum der Weltkonjunktur von 3,6 Prozent ausgegangen. Tatsächlich werden wohl nur 2,9 Prozent erreicht werden können. Wesentlich zur Schwächung der Wachstumsdynamik der Weltkonjunktur haben die Schwellenländer beigetragen, deren Wachstum sich verlangsamt hat oder auf hohem Niveau leicht zurückgegangen ist. Bei den Erwartungen für Deutschland waren wir ebenso leicht zu optimistisch. Da das deutsche Wachstum stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängt, lagen wir mit 1 Prozent Wachstum zu hoch.

Bei unseren Zinsprognosen lagen wir dagegen fast auf der Ziellinie. Wir sind für 2013 von einer auch weiterhin expansiven Zinspolitik ausgegangen. Für 10jährige Bundesanleihen sind wir von einem Anstieg des Zinses auf 2 Prozent ausgegangen. Die Marke von 2 Prozent wurde im September leicht überschritten und der Zins zum Jahresultimo betrug 1,93 Prozent. Da der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren mehr als 80% unseres Bestandes ausmacht, sind richtige Prognosen in diesem Bereich von großer Bedeutung. Das Wachstum der Aktien hatten wir nicht in dem Ausmaß erwartet. Wir sind nur von einem Anstieg auf 8.000 Punkte beim DAX ausgegangen. Da unser Aktienbestand weniger als 1 Prozent ausmacht, ist eine nicht punktgenaue Prognose nicht essentiell.

Für 2013 haben wir eine stabile Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge für die Lebensversicherungsbranche erwartet. Wir hatten nicht die dynamische positive Entwicklung bei den Einmalbeiträgen erwartet, durch die die gebuchten Brutto-Beiträge doch relativ angestiegen sind.

Die Fokussierung der Tätigkeiten der Delta Lloyd Pensionskasse insbesondere auf die Optimierung von Verwaltungsprozessen als Run-Off Unternehmen, haben wir im Ausblick ebenso reportiert wie die Herausforderungen für Solvency II.

Geschäftsverlauf der Delta Lloyd Pensionskasse AG

Beitragseinnahmen/Bestandsentwicklung/Neugeschäft

Die gesamten gebuchten Bruttobeiträge verringerten sich um 191 TEURO auf 3.145 TEURO (Vorjahr 3.336 TEURO). Das entspricht einem Rückgang um 5,7 Prozent. Der Rückgang der gebuchten Bruttobeiträge ist wie auch in den Vorjahren auf die Einstellung des Neugeschäfts zurückzuführen. Neugeschäft ergibt sich nur noch aus Dynamikerhöhungen. Die gebuchten Einmalbeiträge veränderten sich auf 35 TEURO (Vorjahr: 22 TEURO). Auch die gebuchten Bruttobeiträge gegen laufende Beiträge verringerten sich von 3.314 TEURO auf 3.110 TEURO, also um rund 6,1 Prozent. Bedingt durch die Einstellung des Neugeschäfts sind auch die verdienten Beiträge um 5,6 Prozent zurückgegangen und betragen per 2013 3.149 TEURO (Vorjahr: 3.336 TEURO).

Im Bestand der Delta Lloyd Pensionskasse AG befanden sich zum Jahresultimo 2013 insgesamt 3471 Versicherungsverträge. Der gesamte Abgang beträgt 101 Verträge. Die wesentlichen Abgangsgründe sind zum einen Reaktivierung, Wiederheirat und Ablauf mit 21 Verträgen sowie Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeiträgen oder Austrittsvergütung mit 80 Verträgen.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts beträgt durch die Einstellung des Neugeschäfts geringe 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro). Die Stornoquote gemessen als vorzeitiger Abgang gegen laufenden Beitrag zum mittleren Bestand beträgt im laufenden Geschäftsjahr 5,9 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Stornoquote noch 8,6 Prozent betrug, hat sich das Storno erheblich verlangsamt. Kündigungen aufgrund ökonomisch rationaler Entscheidungen von Versicherungsverträgen mit Garantien wurden wegen fehlender sicherer Alternativen bei Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren nicht durchgeführt.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 Prozent auf 567,8 TEURO verringert. Im Vorjahr wurden noch Aufwendungen von 612,3 TEURO ausgewiesen, Für Versicherungsfälle wurden 242,9 TEURO (Vorjahr 155,7 TEURO) gezahlt. Durch die Veränderung der Netto-Rückstellungen für Versicherungsfälle ergab sich ein Aufwand in Höhe von 4 TEURO (Vorjahr: Ertrag von 17,8 TEURO).

Der Aufwand für Rückkaufswerte an den Zahlungen für Versicherungsfälle erreichte unter Berücksichtigung der Regulierungsaufwendungen 322,7 TEURO. Das sind 32,0 Prozent oder 151,7 TEURO weniger Aufwand als im Vorjahr 2012. Dieser Rückgang lässt sich unter anderem mit dem geringeren Storno des Geschäftsjahres 2013 erklären. Da in den Vorjahren ausreichend versicherungstechnische Rückstellungen gebildet wurden, belasten Rückkäufe, Versicherungsleistungen und Ablaufleistungen das Ergebnis der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013 nicht direkt.

Wie auch in den Vorjahren spielte das positive Risikoergebnis eine wesentliche Rolle im Geschäftsjahr 2013 für das Rohergebnis der Delta Lloyd Pensionskasse AG.

Aufwendungen für Abschluss und Verwaltung

Die Aufwendung für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung betragen für das laufende Geschäftsjahr 2013 105,4 TEURO. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Rückgang um 16,9 TEURO. Auch bei einem für das Neugeschäft nahezu geschlossenen Versicherungsbestand fallen noch Aufwendungen für Abschlusskosten für Versicherungen mit Beitragsdynamik oder Erhöhungsoptionen an. Zudem fallen Kosten für die Vermittlerverwaltung und –optimierung sowie für Auseinandersetzungen mit Vermittlern an. Die Abschlussaufwendungen sind von rund 37,9 TEURO in 2012 auf 33,5 TEURO im laufenden Geschäftsjahr gesunken. Aufgrund der Einstellung des Neugeschäfts im Rahmen der Run-Off Geschäftsstrategie ist die Abschlusskostenquote mit denen der aktiven Marktteilnehmer im Lebensversicherungsmarkt kaum vergleichbar. Sie beträgt für das laufende Geschäftsjahr 8,8 Prozent (Vorjahr 9,4 Prozent).

Die Aufwendungen für die Verwaltung betragen für 2013 75,3 TEURO (Vorjahr 88,7 TEURO). Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnet sich eine Verwaltungskostenquote von 2,4 Prozent (Vorjahr 2,7 Prozent).

Der leichte Rückgang der von Rückversicherungsunternehmen erhaltenen Provisionen und Gewinnbeteiligungen ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Versicherungsleistungen zurückzuführen.

Kapitalanlagen

Trotz der Einstellung des Neugeschäfts stiegen sich die versicherungstechnischen Passiva wegen der relativ jungen Bestandes und damit korrespondierend auch der Bestand an Kapitalanlagen. Der Bestand an Kapitalanlagen ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern und Lebensversicherungspolice beträgt 32,4 Mio. Euro (Vorjahr: 29,1 Mio. Euro). Den größten Teil der Kapitalanlagen haben wir in festverzinslichen Wertpapieren investiert. Rund 9,2 Prozent unserer Kapitalanlagen haben wir in Grundstücken investiert, die wir indirekt über Fondskonstruktionen halten. Unsere Grundstücke haben wir ganz überwiegend in Deutschland investiert.

Aufgrund des langfristigen Charakters des Lebensversicherungsgeschäftes hat die Delta Lloyd Pensionskasse AG ausgewählte Kapitalanlagen der dauerhaften Vermögensanlage gewidmet und diese daher im Anlagevermögen ausgewiesen. Diese Kapitalanlagen bewerten wir nach dem gemilderten Niederstwertprinzip des § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB. Bei einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung schreiben wir auf den niedrigeren Wert ab.

Der Bestand der Kapitalanlagen der Gesellschaft beträgt 32,4 Mio. Euro. Die Aufteilung des Bestandes mit seinen wesentlichen Positionen, die Entwicklung des Jahres sowie die Angaben zu Buch- und Zeitwerten sind den Darstellungen im Anhang zu entnehmen.

Aufgrund der positiven Entwicklung der sogenannten GIIPS-Staaten und aufgrund der sehr niedrigen Zinsen für Neuanlagen haben wir weitere Investitionen in italienischen Staatsanleihen vorgenommen. Die Entwicklung der Zinsen für 10jährige Staatsanleihen ist ein eindeutiges Zeichen für das Vertrauen der Investoren in eine positive Entwicklung dieser Länder. Irland insbesondere plant 2014 aus dem europäischen Rettungsschirm auszutreten. In italienischen Staatsanleihen haben wir 2013 rund 1 Mio. Euro investiert. Ein Abschreibungsbedarf auf GIIPS-Investitionen ergab sich zum Jahresultimo 2013 nicht.

Bewertungsreserven ergeben sich als Unterschied zwischen den Zeitwerten und den Buchwerten zum Bilanzstichtag 31.12.2013. Die stillen Reserven der Delta Lloyd Pensionskasse AG betragen netto 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio. Euro). Der Rückgang der Bewertungsreserven ist ganz wesentlich auf den Anstieg der Marktzinsen zurückzuführen. So sind die Zinsen 10jähriger Bundesanleihen im Laufe des Jahres 2013 von 1,32 Prozent auf 1,93 Prozent angestiegen.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden zum Zeitwert bewertet und ausgewiesen. Der Marktwert dieser Kapitalanlagen beträgt 214,0 TEURO (Vorjahr: 194,1 TEURO).

Die laufenden Erträge aus anderen Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 375,3 TEURO oder 46,8 Prozent auf 1.177,3 TEURO angestiegen. Die gesamten Erträge weichen kaum von den laufenden Erträgen ab, da es nur sehr geringfügig zu Gewinnen aus dem Abgang gekommen ist. Der Anstieg der Erträge ist ganz wesentlich auf die Anlage liquider Mittel in festverzinslichen Wertpapieren mit Investmentgrade bei ausreichender Verzinsung durchzuführen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen per Jahresultimo 2013 80,9 TEURO (Vorjahr: 613,7 TEURO). Im Vorjahr ergaben sich Verlust aus dem Abgang für den Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren aus GIIPS-Staaten.

Die laufende Durchschnittsverzinsung unserer Kapitalanlagen ohne Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung hat sich leicht von 2,9 Prozent im Vorjahr auf 3,7 Prozent verändert. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen beträgt 3,6 Prozent (Vorjahr: 0,7 Prozent). Die durchschnittliche Nettoverzinsung der letzten 3 Jahre beträgt – 0,2 Prozent (Vorjahr: - 0,2 Prozent).

Geschäftsergebnis und Jahresüberschuss

Die Delta Lloyd Pensionskasse AG hat im Geschäftsjahr 2013 der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) 10,0 TEURO zugeführt. Eine Zuführung zur RfB war im Vorjahr nicht erforderlich. Zugunsten der Kunden und Versicherungsnehmer wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung rund 7,9 TEURO entnommen, die wir unseren Versicherungsnehmern als Überschussbeteiligung haben zukommen lassen. Somit beträgt die Rückstellung für Beitragsrückerstattung 290,9 TEURO (Vorjahr: 288,8 TEURO).

Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die Delta Lloyd Pensionskasse AG nach Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung sowie nach den Aufwendungen nach Steuern einen Jahresüberschuss in Höhe von 57,3 TEURO (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 484,6 TEURO). Der Bilanzverlust der Delta Lloyd Pensionskasse AG zum 31.12.2013 beträgt 4.021,5 TEURO. Der Vorstand der Delta Lloyd Pensionskasse AG schlägt vor, den gesamten Bilanzverlust in Höhe von 4.021,5 TEURO auf neue Rechnung vorzutragen.

Entwicklung der Leistungskennziffern

	31.12.2013	31.12.2012
Verdiente Beiträge:	3,1 Mio. Euro	3,3 Mio. Euro
Rohüberschuss:	0,1 Mio. Euro	-0,5 Mio. Euro
Solvabilität:	142,0 %	126,7 %

Es gab keine nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufes oder Neben diesen wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren gab es keine wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung waren.

Vorgänge nach dem Geschäftsjahresende

Nach dem Geschäftsjahresende gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Delta Lloyd Pensionskasse AG.

Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Entwicklung des Risikomanagements, Methoden und Ziele

Das Risikomanagement der Delta Lloyd Pensionskasse AG wird als die Gesamtheit aller systematischen Maßnahmen zur Bewältigung und Steuerung von Risiken definiert. Dies beinhaltet die möglichst frühe Identifikation sowie regelmäßige Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken, die die Delta Lloyd Pensionskasse AG sowie andere Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG im Hinblick auf ihre Zielerreichung sowie ihren Bestand als Unternehmen gefährden.

An der Unternehmensstrategie der einzelnen Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG richtet sich die Risikostrategie aus. Das Risikomanagement stellt sicher, dass

- die Konzern- und Unternehmensziele erreicht,
- die soziale Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Umwelt und Gesellschaft wahrgenommen,
- die Investitionen der Aktionäre gesichert,
- die Interessen der Versicherungsnehmer und sonstigen Kunden gewahrt und
- die Erfüllung der Anforderungen der Aufsichtsbehörden und des Gesetzgebers sichergestellt werden.

Die Delta Lloyd Pensionskasse AG versteht sich als risikobewusstes Unternehmen. Chancen und Risiken werden gegeneinander abgewogen. Hierbei handelt es sich nicht um die Eliminierung sämtlicher Risiken, sondern um das Erkennen von Risiken und das Beherrschen dieser Risiken auf einem akzeptablen Niveau.

Der Prognose- und Betrachtungszeitraum umfasst im Regelfall 12 Monate, also das laufende Geschäftsjahr. Darauf werden die Risikostrategie und Risikotragfähigkeit sowie das Risikoreporting ausgerichtet.

Die für die Gesellschaft geltenden Risikokategorien und -beschreibungen entsprechen den Definitionen gemäß Rundschreiben 03/2009 (VA) unter Berücksichtigung des DRS 20 und gelten konzernweit. Damit wird sichergestellt, dass in jeder Gesellschaft des Konzerns gleiche Risiken gleich beschrieben sind und so ein einheitliches Verständnis über die Risikolage hergestellt werden kann. Alle wesentlichen Risiken aller zur Delta Lloyd Deutschland AG gehörenden Gesellschaften sind in das konsolidierte Berichtswesen zum Risikomanagement einbezogen.

Anhand der Unternehmensstrategie sowie der Kapitalanlagestrategie, wird das Risikoprofil der Gesellschaft erstellt und das zur Verfügung stehende Risikokapital zielgerichtet den definierten Risikokategorien zugeteilt. Dies bildet die Grundlage für das Risikolimitsystem, aus dem, bei Überschreiten der definierten Limite, Maßnahmen zur Risikosteuerung abgeleitet werden. Unterjährig werden die Einhaltung dieser Limite sowie die Risikotragfähigkeit kontinuierlich überwacht.

Für die operative Steuerung der Einzelrisiken sind Risk Owner verantwortlich. Diese haben die Aufgabe, vierteljährlich die Identifikation und Bewertung ihrer Risiken vorzunehmen sowie die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Die Ergebnisse der Risikobewertung der Einzelgesellschaften sind Grundlage für das ebenfalls vierteljährliche Berichtswesen. Die Bewertung der dabei zu verwendenden Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen erfolgt unter Zugrundelegung von jeweils vier quantifizierten Kategorien, die in ihrer Ausprägung für die Gesellschaften des Konzerns individuell definiert und dokumentiert sind.

Im Rahmen der Risikokommunikation sollen die quartalsweise tagenden Gremien Group Risk Committee (GRC), Financial Risk Committee (FRC) und das Operational Risk Committee (ORC) ein gemeinsames Verständnis im Management der Risikolage vermitteln und die Risikocontrollingprozesse aktiv begleiten. Sie haben verschiedene Zielsetzungen und Aufgaben im Risikomanagementprozess:

Zielsetzung und Verantwortung des GRC ist

- die Sicherstellung der Vollständigkeit der Risikoerfassung auf Konzernebene,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der Gesamtrisikolage,
- die Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken,
- die Begrenzung der Risikosituation durch Initiierung und Kontrolle erforderlicher Maßnahmen und
- das Treffen grundsätzlicher Risikomanagemententscheidungen.

Zielsetzung und Verantwortung des FRC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der finanziellen Risiken, insbesondere durch Identifikation der spezifischen Risiken der Versicherungsunternehmen aus den Kapitalanlagen und Derivaten Finanzinstrumenten (soweit diese eingesetzt werden)
- die Sicherstellung eines risikogerechten Reportings und einer objektiven Beurteilung der finanziellen Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken.

Zielsetzung und Verantwortung des ORC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der operationellen Risiken,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der operationellen Risiken,
- die Prüfung der Vollständigkeit der Risikoerfassung und ggf. Aufnahme aktueller operationeller Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen operationellen Risiken.

Das Risikocontrolling gemäß Rundschreiben 4/2011 (VA) für die Kapitalanlagen erfolgt innerhalb der Abteilung „Kapitalanlagensteuerung“. Darüber hinaus umfasst diese Funktion auch das aufsichtsrechtliche Meldewesen für die Kapitalanlagen.

Um den vollständigen, zeitnahen Austausch von Informationen über die Risiken aus den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen über die unterschiedlichen Organe und Ebenen und die Informationsrechte des Risikocontrollings sicherzustellen, ist die „Arbeitsgruppe Finanzen“ etabliert. Die Arbeitsgruppe tagt wöchentlich und nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Laufender Informationsaustausch über aktuelle Themen, die Planung und Ergebnisse der Kapitalanlagen,
- Diskussion der Anlagestrategie in Verbindung mit neu erkannten Risiken,
- laufender Informationsaustausch über Risikoanalysen und ggf. Festlegung von Maßnahmen und
- Koordination wesentlicher Maßnahmen.

Die Kontrolle des Risikomanagements der Delta Lloyd Pensionskasse AG erfolgt durch den Aufsichtsrat, den Vorstand sowie die Interne Revision.

Darüber hinaus führt der externe Wirtschaftsprüfer jährlich eine Prüfung des Risikofrüherkennungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB i.V.m. § 91 Abs. 2 AktG sowie IDW PS 340 durch.

Ausblick

Die Weiterentwicklung und Optimierung der zentralen Elemente des Risikomanagements ist ein kontinuierlicher Prozess, um den steigenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu begegnen.

Die Mindestanforderungen aus dem Rundschreiben 3/2009 (VA) sind bereits implementiert.

Im Hinblick auf die von EIOPA (Europäische Aufsicht für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge) veröffentlichten aufsichtsrechtlichen Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II werden Elemente des Risikomanagements 2014 weiterentwickelt, mit dem Ziel der termingerechten Konformität mit den Solvency II-Anforderungen ab 2016.

Aufgrund der engen Einbindung der Gesellschaft in die Solvency II Prozesse des niederländischen Mutterkonzerns, DL N.V., Amsterdam wurde bereits im Berichtsjahr mit der Umsetzung einiger in den Leitlinien genannter Maßnahmen – vornehmlich der Säule II – begonnen.

Insbesondere wird 2014 die Umsetzung der Aspekte des Forward Looking Assessment of Own Risks (FLAOR) – früher Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) – der umfangreicheren Anforderungen an das Governance System und die unternehmensinternen Richtlinien weiter fokussiert. Im Rahmen der Anpassung der internen Unternehmensrichtlinien an die Solvency II Anforderungen wird eine umfassende Überarbeitung der operationellen Risiken vorgenommen.

Im Sinne einer vorausschauenden Unternehmensführung wurden bereits in der Berichtsperiode die Auswirkungen der entsprechenden Solvency II Vorgaben zum Eigenmittelbedarf sowie zur Eigenmittelausstattung untersucht, um auf dieser Grundlage fundierte Informationen zu erhalten, die bei der Ausrichtung des Unternehmens einbezogen werden können.

Dies wird 2014 fortgesetzt, ausgeweitet und etabliert werden, um die Auswirkungen des zukünftigen Aufsichtsregimes bereits frühzeitig zu berücksichtigen.

Wesentliche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Organisation des IKS

Die Ausgestaltung des IKS der Delta Lloyd Pensionskasse AG ist auf Grundlage der Mindestanforderungen an das Risikomanagement gemäß Rundschreiben 03/2009 (VA) umgesetzt.

Der Vorstand der Delta Lloyd Pensionskasse AG ist grundsätzlich für die Einrichtung, Weiterentwicklung, Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen und die Funktionsfähigkeit adäquater rechnungslegungsbezogener interner Kontrollen und des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems verantwortlich.

Das IKS setzt sich aus drei Verteidigungslinien zusammen.

In der *ersten Verteidigungslinie* ist das Interne Kontrollsystem der Delta Lloyd Pensionskasse AG als integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems dezentral organisiert. Es obliegt der Leitung des jeweiligen Fachbereichs in ihrem Verantwortungsbereich strukturierte Prozessabläufe inklusive geeigneter Kontrollen zur adäquaten Risikominderung zu schaffen und an geänderte Abläufe und Rahmenbedingungen anzupassen. Die Dokumentation muss für einen sachverständigen Dritten nachvollziehbar und für alle Mitarbeiter verfügbar sein.

In der *zweiten Verteidigungslinie* ist der Compliance-Officer, der verantwortliche Aktuar sowie das Zentrale Risikomanagement etabliert.

Während der *Compliance Officer* insbesondere sicherstellt, dass alle gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie regulatorischen Anforderungen eingehalten werden und entsprechende Prozesse eingerichtet sind, überwacht der *verantwortliche Aktuar* die korrekte Berechnung auf der Passivseite. Das *Zentrale Risikomanagement* und damit die Wahrnehmung der unabhängigen Risikocontrollingfunktion erfolgt durch den Zentralen Risikomanager in der Abteilung „Zentrales Risikomanagement“. Das Zentrale Risikomanagement übernimmt die Gesamtkoordination sämtlicher Aktivitäten zum Risikomanagement, die Zusammenführung aller finanziellen und operationellen Risiken zu einem Risikoprofil und die Berichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat sowie an die Aufsichtsbehörde und den Mutterkonzern.

Das Risikomanagement ist dezentral organisiert, d.h. für das Risikomanagement der jeweiligen Gesellschaft sind die Geschäftsführer bzw. die Vorstände verantwortlich.

Die Konzernrevision führt als *dritte Verteidigungslinie* eine unabhängige Prüfung des IKS in der ersten und zweiten Verteidigungslinie durch.

Rechnungslegungsprozess

Die Rechnungslegung und die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Erstellung des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Vorstands.

Die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems zum Rechnungslegungsprozess orientiert sich an den Vorgaben des Sarbanes-Oxley-Acts (Sektion 404) sowie dem Framework für interne Kontrollen, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO-Framework) verabschiedet wurde. Für die involvierten IT-Prozesse besteht darüber hinaus ein spezielles Rahmenwerk, das sich an den COBIT (Control Objectives for Information and Related Technology), dem international anerkannten Framework zur IT Governance, orientiert.

Zur Sicherstellung eines vollständigen, korrekten und fristgerechten Jahresabschlusses, bestehen Arbeitsrichtlinien in denen Prozesse inklusive Schnittstellen und Kontrollen definiert sind, sowie Terminpläne, in denen die Zuständigkeiten festgelegt sind.

Durch regelmäßige Teilnahme an Informationsveranstaltungen sowie durch sorgfältige Beachtung einschlägiger Veröffentlichungen von Verbänden und Aufsichtsbehörden, werden veränderte Anforderungen an die Rechnungslegung nach HGB und IFRS frühzeitig identifiziert und verfolgt. Bei Bedarf werden geeignete Maßnahmen in allen betroffenen Bereichen, teils in Form von Projekten, eingeleitet und umgesetzt.

Neben der Konzernrevision für die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG und Group Audit des holländischen Mutterkonzerns, Delta Lloyd N.V., Amsterdam, die regelmäßig die Funktionsfähigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des IKS zur Rechnungslegung prüfen, beurteilt auch der externe Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung die Wirksamkeit des IKS auf Basis des § 317 HGB sowie unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung.

Risiken

Die Delta Lloyd Pensionskasse AG unterteilt die Risiken in zwei Kategorien. Einerseits werden finanzielle Risiken und andererseits operationelle Risiken betrachtet.

Finanzielle Risiken

Die finanziellen Risiken umfassen versicherungstechnische Risiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern sowie Risiken aus der Kapitalanlage.

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko (Reserverisiko) ist das mit der Tätigkeit eines Versicherungsunternehmens untrennbar verbundene Grundrisiko. Es handelt sich also um das Risiko, dass die vom Unternehmen für das Versicherungsgeschäft gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen, um die Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen zu erfüllen. Es umfasst biometrische Risiken, d.h. Risiken durch sich ändernde Rechnungsgrundlagen (Sterblichkeit, Lebenserwartung, Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Pflege), das Garantiezinsrisiko (dauerhafte Erfüllbarkeit der garantierten Mindestverzinsung der Verträge) sowie das Stornorisiko.

Biometrische Risiken

Die Tarifikalkulation erfolgte so, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verträge der Versicherungsnehmer jederzeit gesichert ist. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Tarife, zum Beispiel Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, unterliegen jährlichen Schwankungen und können sich über die Zeit ändern. Zu diesem Zweck erfolgen aktuarielle Analysen, einerseits unternehmensintern, andererseits aber vornehmlich durch Experten in entsprechenden Arbeitsgruppen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV). Im Hinblick auf biometrische Risiken wurden bei der Berechnung der Deckungsrückstellungen vorsichtig bemessene Rechnungsgrundlagen verwendet, die von der Delta Lloyd Pensionskasse AG auf Basis der vorgenannten Analysen als angemessen angesehen werden.

Garantiezinsrisiko

Sowohl stark fallende als auch stark steigende Zinsen stellen ein Risiko für die Delta Lloyd Pensionskasse AG dar. In dem derzeitigen Umfeld niedriger Kapitalmarktzinsen muss sie die Mindestverzinsung, die sie garantiert, in der zugesagten Höhe erwirtschaften. Mit Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung im März 2011 ist die Bildung einer zusätzlichen Deckungsrückstellung (Zinszusatzreserve) bei rückläufigen Marktzinsen erforderlich. Diese Erhöhung der Deckungsrückstellung dient der Stärkung der Sicherheitsmargen im derzeitigen Niedrigzinsumfeld. Eine Reduzierung des für die Berechnung der Deckungsrückstellung maßgeblichen Zinssatzes um 1 BP entspricht dabei einem Ansteigen der Deckungsrückstellung um 50 TEUR. Darüber hinaus ist es das Ziel der Delta Lloyd Pensionskasse AG mit einer entsprechenden Kapitalanlagestrategie diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Angemessenheit der Kapitalanlagestrategie wird durch regelmäßige ALM-Analysen überprüft und bei Bedarf angepasst.

Stornorisiko

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt ohne den Ansatz von Stornowahrscheinlichkeiten.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Es liegen keine Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern vor.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 0,3 Mio. Euro, davon 0,01 Mio. Euro älter als 90 Tage.

Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre betrug 0,3 Prozent.

Forderungsausfälle gegenüber *Rückversicherern* sind aufgrund der bestehenden Erfahrungen nicht zu erwarten. Die Delta Lloyd Pensionskasse AG arbeitet mit einem der weltgrößten und bonitätsstärksten Partner in diesem Bereich zusammen. Sie verfügen über folgende Ratings von Standard & Poor's:

- Scor Vie (SA) A+

Risiken aus Kapitalanlagen

Das Kapitalanlagerisiko ist eines der größten Risiken eines Lebensversicherers, da die garantierten Leistungen erwirtschaftet werden müssen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Aufsicht an Rentabilität, Sicherheit und Liquidität der Kapitalanlagen erfüllt werden.

Die Kapitalmärkte 2013 standen im Zeichen der Zentralbank-Politik.

Das Kapitalmarktgeschehen 2013 wurde durch die Diskussionen um die weitere Politik der europäischen und amerikanischen Zentralbanken bestimmt. Die Frage ob EZB und FED ihre Politik der extrem niedrigen Zinsen und der Bondankäufe ändern würde und wenn ja wann, standen im Vordergrund.

In den ersten Monaten des Jahres 2013 gaben die Renditen - speziell bei den langlaufenden Bonds - tendenziell eher nach. In der Eurozone waren verstärkt die Bundesanleihen als safe haven gefragt, was auf anhaltende Sorgen um ein erneutes Anfachen der Staatsschuldenkrise zurückzuführen war. Hinzu kam die verstärkte Suche der Anleger nach Rendite. Lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen Ende des Jahres 2012 noch bei knapp 1,36 % sackte diese bis Ende April bis auf unter 1,20 % ab.

Im Mai kam es dann erstmals zur Kurswende. Bei der US-Zentralbank deutete sich im Urteil vieler Marktakteure ein Schwenk in der Geldpolitik an, der fortan für Diskussionen an den Märkten sorgte. Vermutungen, die FED könnte womöglich früher als gedacht die markt- und konjunkturstützenden Käufe von Staatsanleihen und hypothekenbesicherten Bonds (Mortgage Backed Securities) kürzen. Die Fed nahm Monat für Monat Wertpapiere im Umfang von 85 Mrd. Dollar aus dem Markt. 45 Mrd. Dollar entfielen dabei auf die US-Staatsanleihen (Treasuries) und 40 Mrd. Dollar auf die Agency-MBS. Wenn die FED diese Stützungskäufe reduzierte und das womöglich auch noch sprunghaft, bricht den Märkten ein steter Zustrom von Liquidität weg. Das könnte dann wiederum zu stark steigenden Renditen am Markt führen - so die Befürchtung vieler Marktteilnehmer. In der Folgezeit kam es dann bei den US-Staatsanleihen zu Renditesteigerungen. Im Schlepptau des US-Marktes zogen auch die Renditen der Bundesanleihen an. Bis auf knapp über 2 % kletterte die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe bis Anfang September. In der Folgezeit wurde immer wieder darüber diskutiert, ab wann es zum Beginn des Tapering kommen könnte. Fielen US-Konjunkturdaten und Arbeitslosenzahlen robuster als erwartet aus, wurde die Diskussion über das Tapering wieder lauter geführt. Zeigten Daten eine schwächere Verfassung der US-Wirtschaft an, wurde die Debatte wieder leiser. Per saldo kamen die Renditen bei den Staatstiteln in den USA und bei den Bundesanleihen ab September wieder zurück. Die Jahrestiefs wurden jedoch nicht wieder gesehen.

Im Dezember 2013 verkündete dann die FED bei der letzten Sitzung des Jahres 2013 überraschend den Beginn des Tapering ab Januar 2014. Gekürzt wird um 10 Mrd. Dollar.

Zum Jahresende 2013 lag die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe bei 1,94 % und damit fast 60 Basispunkte über dem Stand vom Jahresanfang. Dies spricht nicht für eine Ausverkaufsstimmung bzw. größere Marktverwerfungen.

Parallel zu dieser Entwicklung sorgten die verbesserten ökonomischen Daten aus Irland und das Ausbleiben weiterer Hiobsbotschaften aus den südeuropäischen Staaten für weitere Entspannung an den europäischen Zinsmärkten. Teilweise hoffen die Investoren auf eine baldige wirtschaftliche Erholung des Südens. So sank z.B. die Rendite zehnjähriger spanischer Staatsanleihen von ca. 5,00 % vom Anfang des Jahres, nach einem kurzen Anstieg im Februar, zum Ende des Jahres sogar bis auf 4,16%.

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden bei der Festlegung der Kapitalanlagestrategie berücksichtigt. Eine besondere Konzentration von Risiken nach Wertpapier- bzw. Branchensegmenten besteht wie bei deutschen Lebensversicherern üblich auf deutsche Banken. Zur Begrenzung des Konzentrationsrisikos werden neben den aufsichtsrechtlichen Limiten jene Emittenten besonders überwacht, die eine Konzentration von mindestens 5% aufweisen. Des Weiteren wird die Bonität der Emittenten regelmäßig kontrolliert.

Um eine optimale Entscheidungsfindung zu gewährleisten, gibt es bei der Delta Lloyd Pensionskasse AG eine spezielle Vorstandssitzung Finanzen, die über die strategische Asset-Allokation sowie über Investitionen mit besonderem Charakter, zum Beispiel Absicherungsmaßnahmen, entscheidet.

Der Wert von Kapitalanlagen ist stets den Schwankungen der Finanzmärkte unterworfen. Im Rahmen von regelmäßig durchgeführten Stresstests wird die Werthaltigkeit des Bestandes überprüft. Die verwendeten Szenarien sind die in der Branche üblichen Stresstests.

Zu den Risiken aus Kapitalanlagen gehören Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko umfasst das Zinsänderungsrisiko, Kursrisiken aus Aktien- und sonstigen Eigenkapitalpositionen sowie aus Immobilien, das Konzentrationsrisiko sowie das Währungsrisiko. Darüber hinaus wurde seit diesem Jahr das Wiederanlagerisiko gesondert betrachtet.

Unter dem *Zinsänderungsrisiko* versteht man die Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung des Marktzinses und einen damit verbundenen Kursverlust bei steigendem Marktzinsniveau. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Assetmanagement der holländischen Muttergesellschaft werden bei Bedarf Zinsänderungsrisiken mittels Zins-Hedge abgesichert. Derzeit ist die Delta Lloyd Pensionskasse AG überwiegend in Namenspapiere und Schuldscheindarlehen investiert, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen, so dass die bilanziellen Auswirkung von Kursschwankungen begrenzt ist.

Das *Kursrisiko* bezeichnet das Risiko aus der negativen Preis- bzw. Wertentwicklung von Aktien und sonstigen Eigenkapitalpositionen sowie von Immobilien. Im Rahmen der gruppenweiten Reduzierung der Aktienquote hat das Risiko aus Aktien und sonstigen Eigenkapitalpositionen keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der Gesellschaft. Das Immobilienportfolio beläuft sich auf 9,17% der gesamten Kapitalanlagen und wird regelmäßig überwacht.

Die Auswirkungen des Kursrisikos hinsichtlich eines Kursverlustes auf den Zeitwert von Aktien sowie des Zinsänderungsrisikos hinsichtlich einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder unten auf den Zeitwert von festverzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen werden regelmäßig überprüft. Darüber hinaus wurden die vorgeschriebenen Stresstests der Aufsicht durchgeführt und bestanden. Die Auswirkung der vier Stresstest-Szenarien der BaFin stellt sich zum 31.12.2013 wie folgt dar:

	Szenariobeschreibung	Marktwertreduzierung in TEUR	Prozentualer Rückgang Kapitalanlagen
Szenario 1	Renten -10%	0	0,0
Szenario 2	Aktien -22%	5	0,0
Szenario 3	Aktien -15% Renten -5%	3	0,0
Szenario 4	Aktien -15% Immobilien -10%	300	0,9

Die Auswirkung einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve um einen Prozentpunkt nach oben und unten stellt sich wie folgt dar:

	NP/SSD (TEUR)	Inhaberpapiere (TEUR)
- 100 BP	11.759,36	21.084,95
Marktwert (TEUR)	11.052,79	19.424,50
+ 100 BP	10.408,71	17.953,72

Die Auswirkungen auf die Wertpapiere können, bei relativer und absoluter Betrachtung, als moderat interpretiert werden.

Das *Konzentrationsrisiko* bezeichnet das Risiko, das sich durch das Eingehen einzelner Risiken oder stark korrelierender Risiken ergibt, so dass ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallrisiko besteht. Aufgrund kontinuierlicher Überprüfung der Einhaltung von Grenzen, die sich aus der Anlagenverordnung sowie aus der Kapitalanlagestrategie und den daraus hervorgehenden Vorgaben zur Mischung und Streuung ergeben, sind keine wesentlichen Konzentrationsrisiken für die Gesellschaft erkennbar.

Das *Währungsrisiko*, das aus der Unsicherheit über die künftige Entwicklung von Wechselkursen hervorgeht, ist als vernachlässigbar einzustufen, da die Gesellschaft keine nennenswerten Fremdwährungspositionen eingeht.

Unter dem *Wiederanlagerisiko* wird die Differenz zwischen dem in der Mehrjahresplanung verwendeten Planzins sowie dem tatsächlichen Marktzins gefasst. Aufgrund des erhöhten Wiederanlagebedarfs in Verbindung mit der aktuellen Niedrigzinsphase wird das Wiederanlagerisiko seit diesem Jahr erstmals unter den Marktpreisrisiken erfasst, um auf detaillierter Informationsbasis zielgerichtete Kapitalanlageentscheidungen herbeizuführen.

Bonitätsrisiko

Unter dem Bonitätsrisiko versteht man die Zahlungsunfähigkeit oder Illiquidität des Schuldners, das heißt die Unmöglichkeit zur termingerechten Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen. Außerdem wird die Auswirkung auf den Credit-Spread berücksichtigt. Soweit möglich wird die Einstufung der Bonität mittels externer Rating-Agenturen (z.B. Standard & Poor`s) vorgenommen. Das Portfolio der Delta Lloyd Pensionskasse AG umfasst hauptsächlich Namenspapiere und Schuldscheindarlehn. Neben einem wesentlichen Anteil an Inhaberpapieren, Immobilien und Hypotheken beinhaltet das Gesamtportfolio darüber hinaus Investmentfonds, Beteiligungen und Tagesgelder.

Wertpapierart	Buchwert (TEUR) 31.12.2013	Rating nach S&P (TEUR)	
Investmentfonds und FLV	3.185,2	N.R.	3.185,2
Staatsanleihe	10.294,8	AA	5.494,3
		A	3.742,2
		BBB	1.058,3
Unternehmensanleihe		AA	711,9
		A	3.895,0
		BBB	3.715,5
Kreditinstitute	7.650,2	AAA	2.000,0
		AA	500,0
		A	2.606,2
		BBB	2.543,9
Pfandbriefe	2.443,01	AAA	514,1
		AA	944,5
		A	984,50
Beteiligungen/ andere Kapitalanlagen	22,4	N.R.	22,4
Tagesgeld	700,0	N.R.	700,0
Summe	32.617,9		32.617,9

Da aufgrund regulatorischer Vorgaben lediglich Wertpapiere zwischen AAA und BBB- dem Sicherungsvermögen hinzugerechnet werden, kann, mit Blick auf den erhöhten Anteil an Wertpapieren im Lower Medium Grade (BBB+ bis BBB-), die weitere Herabstufung den Verkauf und die Wiederanlage in andere Wertpapiere erfordern.

Hierbei kann es, unter Annahme sinkender Kurse in Folge der Herabstufung, zur Realisierung stiller Lasten kommen. In diesem Fall besteht für die freigewordenen liquiden Mittel das Wiederanlagerisiko.

Bei der Delta Lloyd Pensionskasse AG wurde der Bestand an Staatsanleihen der GIIPS-Staaten durch Investitionen in Italien ausgeweitet. Hintergrund für diese Entscheidung ist unsere verringerte Risikoeinschätzung, die durch die Entwicklung des Marktzins bestätigt wurde.

Folgende Anlagen befinden sich bei der Delta Lloyd Pensionskasse AG im Bestand:

	Buchwert (TEUR)	Marktwert (TEUR)
Irland	488,0	572,3
Italien	1.929,4	2.035,0

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr einer nicht termingerechten Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen. Mögliche Liquidierungen von Kapitalanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit können mit Verlusten verbunden sein. Im Rahmen einer entsprechenden kurzfristigen Liquiditätsplanung, d.h. der Gegenüberstellung der eingehenden und ausgehenden Zahlungsströme auf Monatsbasis, wird dieses Risiko überwacht. Darüber hinaus ist eine längerfristige Gegenüberstellung der Versicherungsleistungen und der Kapitalanlagen implementiert. Ziel ist die Sicherstellung der Bedeckung der Passivseite durch die Aktivseite der kommenden Jahre.

Risiken aus dem Einsatz derivativer Finanzinstrumente

Unter derivativen Finanzinstrumenten sind abgeleitete Finanztitel (Derivate) zu fassen, die sich auf andere, originäre Finanzinstrumente beziehen. In der Berichtsperiode verfügte die Gesellschaft diesbezüglich über keine Positionen.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht die Delta Lloyd Pensionskasse AG die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten.

Alle identifizierbaren operationellen Risiken der Delta Lloyd Pensionskasse AG werden standardisiert erfasst und quartalsweise hinsichtlich ihrer Entwicklung von den Risk Ownern aktualisiert. Notwendige Maßnahmen zur Reduzierung werden dokumentiert und überwacht. Eine Überprüfung erfolgt durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion und das ORC, welche ggf. weitere Maßnahmen vorschlagen.

Zum Aufbau einer Datenhistorie für Schäden aus operationellen Risiken erfolgt eine standardisierte Erfassung aller eingetretenen Schäden ab 500,- Euro an das Zentrale Risikomanagement. Dort werden die Daten in einer Schadendatenbank zusammengeführt.

Prozessrisiken

Im Managementfokus stehen die Dokumentation und Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation und die Anreizsysteme vor dem Hintergrund der MaRisk sowie die Weiterentwicklung der Controlling- und Informationssysteme. Die Bestandsverwaltung der Gesellschaft erfolgt auf einem eigenen System. Sicherungssysteme wie das Vier-Augen-Prinzip oder maschinelle Plausibilitätsprüfungen innerhalb der Bestandsführung reduzieren mögliche Fehler in den Arbeitsabläufen. Darüber hinaus wurden Vorgaben zur Dokumentation aller Hauptprozesse der Gesellschaft erstellt, um Prozesse und Kontrollen einheitlich und transparent zu dokumentieren.

Personelle Risiken

Zu den personellen Risiken der Delta Lloyd Pensionskasse AG gehören die qualitative und quantitative Personalausstattung sowie die Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen.

Dem aufgrund des Run-off-Geschäftsmodells der Gesellschaft steigendem Risiko, vermehrt qualifiziertes Personal zu verlieren und möglicherweise keinen geeigneten Ersatz am Markt rekrutieren zu können, wird über die Planung und Durchführung geeigneter Weiterbildungsmaßnahmen begegnet. Hierdurch wird sichergestellt, dass Mitarbeiter kontinuierlich und bedarfsgerecht an die aktuellen Herausforderungen herangeführt werden. So können auch arbeitsmarktbedingte Engpässe bei der Besetzung von Stellen mit Spezialisten ausgeglichen werden.

Um unerwünschten Kündigungen von Key-Playern vorzubeugen, werden individuelle Bindungsmaßnahmen gestaltet und angeboten, um entsprechende Anreize und Perspektiven für den Mitarbeiter innerhalb des Unternehmens zu schaffen.

Zur Bekämpfung von wirtschaftskriminellen Handlungen besteht seit 2007 für den Konzern der Delta Lloyd Deutschland AG eine Richtlinie zur Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen. Die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG sind danach verpflichtet, das Auftreten von wirtschaftskriminellen Handlungen jedweder Art zu vermeiden und insbesondere alle Maßnahmen zu veranlassen, um diese aufzudecken, zu untersuchen und zu dokumentieren. Verfehlungen in diesem Zusammenhang sollen konsequent geahndet werden. Das Anti-Fraudmanagement ist für die Anforderungen an die notwendigen Prozesse und Methoden zur Bekämpfung doloser Handlungen verantwortlich.

System- und Technologierisiken

Die Delta Lloyd Pensionskasse AG misst insbesondere der IT-Sicherheit eine große Bedeutung bei. Die Umsetzung der Anforderungen an den Datenschutz wird durch die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten sichergestellt. Seit 2007 ist ein IT-Sicherheitsbeauftragter berufen, um Anforderungen an die IT-Sicherheit zu definieren und deren Umsetzung zu überwachen.

Um IT-Risiken, wie beispielsweise der Teil- oder Totalausfall von Systemen oder gravierende Datenverluste zu vermeiden, werden unter anderem Firewalls und Virenschutzprogramme eingesetzt und stets aktualisiert. Des Weiteren finden Datenauslagerung und räumliche Trennung kritischer Komponenten und Backups statt. Die Funktionsfähigkeit der Verfahren wird regelmäßig getestet.

Externe Risiken

Bei den externen Risiken stehen bei der Delta Lloyd Pensionskasse AG insbesondere das Rechtsrisiko, die Abhängigkeit von Outsourcing-Partnern und der mögliche Katastrophenfall im Fokus.

Das grundsätzlich immer bestehende Rechtsrisiko (Non-Compliance) wird durch die Tätigkeit der juristischen Abteilung und das Compliance Office reduziert. Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden fortlaufend überwacht. Insbesondere prüfen der Geldwäschebeauftragte, der Datenschutzbeauftragte, der Compliance Officer sowie die Konzernrevision regelmäßig die Einhaltung einschlägiger Vorschriften.

Prozesse mit einem nachhaltigen Risiko gegen die Delta Lloyd Pensionskasse AG sind nicht anhängig. Sowohl gravierende Haftungsrisiken als auch Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen sind nicht bekannt.

Solvency II

Bereits Ende 2012 wurde seitens der Vertreter der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) sowie seitens Vertretern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine mögliche Verschiebung des Inkrafttretens der Richtlinie 2009/138/EC (Solvency II) aufgeworfen. Im Omnibus II-Trilog wurde am 13. November 2013 schließlich Klarheit geschaffen und ein neuer Zeitplan fixiert. Demnach ist Solvency II bis zum 31. März 2015 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen. Die Anwendung dieser risikoorientierten Solvenzregelungen wird zum 1. Januar 2016 erfolgen.

Als Reaktion auf die Niedrigzinsphase können Unternehmen hierbei, nach Genehmigung der Aufsicht, statt der Solvency II Zinsstrukturkurve eine Übergangslösung mit einer Laufzeit von 16 Jahren für den Bestand wählen.

Aufgrund dieser zweijährigen Verschiebung wird ein mögliches Auseinanderdriften nationaler Regulierungen befürchtet. Um dies zu verhindern hat EIOPA im August dieses Jahres bereits aufsichtsrechtliche Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II (Intermediate Measures) veröffentlicht, in denen sie bereits ab dem 1. Januar 2014 eine europaweite Umsetzung von wesentlichen Teilbereichen aus der Säule II vorschlägt. Dies betrifft die Bereiche FLAOR (Forward-Looking Assessment of Own Risk- früher ORSA „Own Risk and Solvency Assessment“) sowie Governance-Anforderungen. Ebenso werden Regelungen zur Vorantragsphase für Interne Modelle umfasst.

Am 20.12.2013 hat die BaFin auf ihrer Internetseite verlautbart, diesen Vorschlägen vollumfänglich nachzukommen.

Im Zuge dieser Vorbereitungsphase auf Solvency II will die BaFin auch sicherstellen, dass Lebensversicherer die Kapitalanforderungen nach Solvency II zum Inkrafttreten des neuen Aufsichtssystems (1. Januar 2016) voll umfassend erfüllen können. Zu diesem Zweck ist geplant, im Sommer 2014 eine quantitative Vollerhebung bei den deutschen Lebensversicherungsunternehmen durchzuführen.

Diese soll eine Bestandsaufnahme der Solvenzausstattung nach Säule I und eine Analyse der Wirkungsweisen einzelner von der Aufsichtsbehörde definierter Stabilisierungsmaßnahmen umfassen.

Ausgehend von der ursprünglich bereits zum 01. Januar 2013 anvisierten Inkraftsetzung der neuen Solvenzregelungen wurde in der Gesellschaft zur erfolgreichen Umsetzung bereits 2011 ein internes Projekt aufgesetzt und ein Projektteam etabliert. An der Umsetzung der im Projektplan definierten Meilensteine wurde im Berichtsjahr planmäßig gearbeitet; das erforderliche Know-how zur Implementierung der Anforderungen des neuen Aufsichtsregimes wurde weiter ausgebaut.

Im Hinblick auf die veröffentlichten aufsichtsrechtlichen Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II wird der Projektplan 2014 entsprechend modifiziert. Aufgrund der engen Einbindung der Gesellschaft in die Solvency II Prozesse der niederländischen Muttergesellschaft, Delta Lloyd N.V., Amsterdam, sind bereits einige der in den Leitlinien genannten Maßnahmen – insbesondere der Säule II - im Berichtsjahr intensiv vorangetrieben worden. Mit den Implementierungsaktivitäten wird 2014 weiter fortgefahren.

Insourcing Front und Back Office

Die Delta Lloyd Deutschland AG hatte die Kapitalanlageverwaltung bis Mitte des Berichtsjahres an die KAS Investment Servicing GmbH (KIS) ausgelagert. Der mit der Delta Lloyd Deutschland AG (für die Delta Lloyd Pensionskasse AG) geschlossene Funktionsausgliederungsvertrag, der die Übernahme der Kapitalanlagebuchhaltung durch die KIS vorsah, wurde aus strategischen Gründen fristgerecht zum 01.07.2013 gekündigt. Der neben diesem Vertrag bestehende Dienstleistungsvertrag über die Kapitalanlage zwischen der KIS und der Delta Lloyd Asset Management N.V., Amsterdam, verlor zu gleichem Datum seine Wirkung.

Zum 01.07.2013 erfolgte für die Tätigkeiten des Front- und des Backoffices eine Wiedereingliederung in die Delta Lloyd Lebensversicherung. Zur Abwicklung der Kapitalanlagebuchhaltung und –verwaltung wurde eine Softwarelösung erworben und implementiert sowie Prozesse definiert. Bezüglich der Kapitalanlage werden Entscheidungen durch das wiedereingegliederte Front Office getroffen. Die zuvor als Asset Manager agierende Delta Lloyd Asset Management N.V. nimmt hierbei eine Beratungsfunktion wahr.

Die Wiedereingliederung der beiden Bereiche erfolgte unter Beachtung der in dem Rundschreiben 3/2009 (VA) geforderten Funktionstrennungsaspekten.

Sonstige Risiken

Zu den sonstigen Risiken gehören das strategische Risiko und das Kostenrisiko.

Das strategische Risiko liegt im Wesentlichen in der Veränderung der Marktsituation verbunden mit negativen Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Ein wesentlicher Kernpunkt zur Begegnung dieser Risiken ist die mittelfristige Strategie der Delta Lloyd Pensionskasse AG. Aus diesem Grund analysiert der Konzern regelmäßig sein deutsches Marktumfeld und erstellt darauf aufbauend die Mehrjahresplanung. Nach Auswertung der Analysen hat der Konzern 2010 entschieden, das Neugeschäft für die Lebensversicherungsgesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG einzustellen. Auch nach Einstellung der zunächst anvisierten Transaktion an Nomura im November 2012, setzt Delta Lloyd N.V. die Suche nach strategischen Optionen für die Gesellschaften weiterhin fort.

Das Kostenrisiko bei einem Lebensversicherer mit der strategischen Ausrichtung „Going concern mit Abwicklung der Versicherungsbestände“ ist bedingt durch den abnehmenden Kapitalanlagebestand und der fälligen bzw. gekündigten Versicherungsverträge fortlaufend zu überwachen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird die Kostenstruktur der Delta Lloyd Deutschland AG an die Bestandsentwicklung angepasst.

Zusammenfassung der Risikolage

Wesentliche Änderungen zum Vorjahr

Bei den *finanziellen Risiken* wurde in Übereinstimmung mit der verfolgten Kapitalanlagestrategie weiterhin kein Aktienrisiko eingegangen. Ebenso wurde durch Reduzierung des Immobilieninvestments eine wesentliche Senkung des Immobilienkursrisikos erreicht.

Erstmalig wurde im Berichtsjahr das Wiederanlagerisiko im Rahmen der Risikoinventur als für die Gesellschaft relevant eingestuft, da aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase das Risiko besteht, in Investments mit zu geringem Zins zu investieren.

Im Rahmen der *operationellen Risiken* konnte aufgrund des Insourcing der Kapitalanlagenbuchhaltung sowie des Asset Managements das zuvor gebundene Risikokapital in der zweiten Hälfte des Jahres anderen Risikokategorien bereitgestellt werden.

Zusammenfassend sehen wir, unter Berücksichtigung der von uns ergriffenen Maßnahmen, derzeit keine Entwicklung, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft bestandsgefährdend beeinträchtigt.

Insbesondere im Hinblick auf die derzeitige Niedrigzinsphase, wird der Mehrjahresplanung hohe Bedeutung beigemessen. Sowohl in der Kapitalanlage als auch hinsichtlich weiterer Kostenoptimierung wird die Gesellschaft vorausschauend ausgerichtet, um die langfristige Erfüllbarkeit der gegenüber Versicherungsnehmern zugesagten Garantien zu gewährleisten.

Die beschriebenen Kontrollmechanismen und Instrumente gemäß MaRisk VA tragen in ihrer Gesamtheit dazu bei, dass die Delta Lloyd Pensionskasse AG über ein wirksames Risikomanagement verfügt, welches bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkennen und die notwendigen Gegenmaßnahmen veranlassen kann.

Die *Solvabilitätsvorschriften* gemäß § 53c VAG wurden durch die Delta Lloyd Pensionskasse AG erfüllt: Die Solvabilität des Unternehmens betrug per 31. Dezember 2013 142,0% und liegt damit über der Mindestanforderung von 100%. Bewertungsreserven wurden dabei nicht berücksichtigt.

Die Delta Lloyd Pensionskasse AG verfügt damit über ein angemessenes Risikoüberwachungssystem zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Solvabilität.

Ausblick

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach der Abkühlung des globalen Weltwirtschaftswachstums auf voraussichtlich 2,9 Prozent für das Geschäftsjahr 2013, erwarten wir für das Jahr 2014 positive Impulse für das Wachstum. Nach vorsichtigen Schätzungen erwarten wir einen Anstieg zum Vorjahr von 3,5 Prozent bis 3,7 Prozent. Dabei wird die verbesserte Wachstumsdynamik durch einen parallelen Anstieg der Wirtschaftsleistung der Industriestaaten und Schwellenländer getragen. So erwarten wir einen positiven Beitrag zum Wachstum der USA für 2014 von 2,6 Prozent bis 2,8 Prozent sowie einen Anstieg des Wachstums des Euroraums in der Spannbreite zwischen 0,7 Prozent bis 1,0 Prozent (Vorjahr: voraussichtlich – 0,4 Prozent). Die eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen in vielen EU-Ländern, die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder z. B. durch die Senkung der Lohnstückkosten sowie die Liquiditätsversorgung durch die Europäische Zentralbank werden das Wachstum im Euroraum unterstützen. Aber auch die BRIC Staaten werden 2014 einen positiven Beitrag zu einer Steigerung des weltweiten Wirtschaftswachstums beitragen. Nachdem sich diese Staaten voraussichtlich um rund 5,7 Prozent in 2013 verbessert haben, ist für 2014 ein Wachstum von 5,8 Prozent bis 6,0 Prozent zu erwarten.

Nachdem Deutschland bereits in den Jahren 2012 und 2013 für den Euro-Raum die Wachstumslokomotive war, gehen wir für 2014 davon aus, dass es in dieser Rolle keine Änderung geben wird. Nach einem Anstieg von voraussichtlich 0,5 Prozent erwarten wir ein Wachstum von 1,5 Prozent bis 1,7 Prozent für 2014. Zu diesem Anstieg tragen insbesondere die starke deutsche Binnennachfrage, aber auch der Anteil am weltweiten Außenhandel Deutschlands bei, der in der Summe mit wachsender Weltkonjunktur zunehmen wird. Aber auch Länder wie Italien und Spanien werden nach 2 Jahren mit negativem Wachstum mit jeweils 0,7 Prozent voraussichtlich einen positiven Beitrag zum Wachstum des Euroraums beitragen.

Die FED hat angekündigt, ab Januar 2014 das Tapering von 85 Mrd. Dollar auf 75 Mrd. Dollar pro Monat zurückzufahren und damit die Normalisierung der Geldpolitik einzuleiten. Die Europäische Zentralbank wird voraussichtlich bei ihrer ultra expansiven Politik bleiben. Wie die Zinssenkung im 4. Quartal 2013 zeigt, wird sie alles unternehmen, um die Krise in Europa zu entspannen. Es ist von den Zentralbanken für 2014 nicht mit einer Zinserhöhung zu rechnen.

Auf Grund der positiven Erwartungen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2014 sowie der Entspannung in den Krisenländern Spanien und Portugal, die wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben und Irland, das nach einer erfolgreichen Staatshaushaltssanierung den Austritt aus dem Rettungsschirm für 2014 vorbereitet, sehen wir ein moderates Anstiegspotential für die Renten. Bei 10jährigen Bundesanleihen rechnen wir für 2014 mit einem moderaten Anstieg auf einen Zins von 2,4 Prozent bis 2,5 Prozent im Laufe des Jahres. Den DAX sehen wir für das kommende Jahr wieder ansteigen, allerdings nicht in dem Ausmaß der letzten beiden Jahre. Wir sehen den DAX über 10.000 Punkten in einer Spannbreite zwischen 10.000 bis 10.500 Punkten. Der Anstieg lässt sich mit den verbesserten Konjunkturaussichten, der Stabilisierung der Euro-Zone, zu erwartenden steigenden Unternehmensgewinnen aber auch auf den Mangel an Alternativen im Anleihenbereich begründen.

Lebensversicherungsmarkt

Die zu erwartende Politik der Europäischen Zentralbank, die Zinsen auf niedrigem Niveau zur Unterstützung der Sanierung der Staatshaushalte vieler Euro-Staaten zu halten, wird weiterhin Einfluss auf die deutsche Lebensversicherungsbranche haben.

Nach bisher vorliegenden Informationen ist es branchenweit für das Jahr 2014 zu einer Herabsetzung der Überschussbeteiligung gekommen. Dies wie auch die Realisierung stiller Reserven im Kapitalanlagebestand sind wichtige Möglichkeiten zur Finanzierung der Aufwendungen aus der Zuführung zur Zinszusatzreserve. Wegen der niedrigen Zinsen wird die Zinszusatzreserve voraussichtlich in 2014 weiterhin ansteigen.

Für das kommende Jahr erwarten wir eine stabile Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge. Wir sehen hier insbesondere bei den Einmalbeiträgen eine gewisse Volatilität in der Entwicklung, die auch in Abhängigkeit von den niedrigen Zinsen steht. Steigende Zinsen erhöhen die Investment- Alternativen zu Einmalbeiträgen in Kapitalisierungsgeschäften.

Die Scharfschaltung von Solvency II auf den 01. Januar 2016, die durch die Einigung in den Triloggesprächen auf Europäischer Ebene möglich war, wird zu verstärkten Anstrengungen zur Umsetzung in der gesamten Versicherungsbranche führen. Die Einigung wurde unter anderem auch deshalb möglich, weil die Abbildung der Garantien für die Lebensversicherungsverträge einvernehmlich geregelt werden konnte, indem eine relativ lange Übergangsfrist von 16 Jahren die Belastungen für die deutschen Lebensversicherungsunternehmen entschärft hat. Auch im Geschäftsjahr 2014 werden bereits Reportings an die BaFin zu erstellen sein. Die BaFin fordert eindringlich, alle Anstrengungen für eine Umsetzung in Gang zu setzen. Eine weitere Herausforderung für die Branche wird auch der Termin 01. Februar 2014 sein, zu dem SEPA final eingeführt wird. Inwieweit die neue Bundesregierung Maßnahmen ergreifen wird, um die Beteiligung der ausscheidenden Versicherungsnehmer an stillen Reserven auf festverzinsliche Wertpapiere einzuschränken, bleibt abzuwarten.

Delta Lloyd Pensionskasse AG

Im Rahmen unseres aktiven Run-off Lebensversicherungsgeschäftes steht die Optimierung von Verwaltungsprozessen im Fokus unserer Aktivitäten. Für unsere Kunden und für die Verträge mit den Versicherungsnehmern wird sich nichts ändern. Diese werden unverändert weiterlaufen und in gewohnter Weise von unseren Mitarbeitern betreut werden. Den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern werden wir auch weiterhin nachkommen. Änderungen an Verträgen ergaben sich ausschließlich auf Grund gesetzlicher Änderungen. Hier ist im Vorjahr insbesondere auf die SEPA-Umstellung hinzuweisen.

Die Kosten unserer Gesellschaft versuchen wir über die Optimierungsprozesse zu verschlanken. Die laufende Verzinsung (Garantiezins zuzüglich Zinsgewinn) haben wir auf Vorjahresniveau belassen. Dies ist insbesondere auf die durch die Europäische Zentralbank künstlich niedrig gehaltenen Zinsen zurückzuführen.

Als Lebensversicherungsunternehmen im Run-off planen wir unsere Beiträge für das kommende Geschäftsjahr vorsichtig unter Berücksichtigung konservativer Stornoannahmen. Hierin findet die negative Presse über die Versicherungsbranche ebenso Berücksichtigung wie die Urteile oberster Gerichte. Hier zu erwähnen ist unter anderem das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 19.12.2013, in dem der EuGH zu der in § 5a Abs. 2 VVG a.F. verankerten Ausschlussfrist für das sogenannte Policenmodell Stellung nimmt. Der EuGH verweist dieses Thema zurück an den BGH. Gemäß dieser vorsichtigen Kalkulation erwarten wir gebuchte Bruttobeiträge von rund 2,9 Mio. Euro für 2014.

Die große Herausforderung unserer Gesellschaft für 2014 liegt in der Anlage freiwerdender Mittel in Wertpapiere, die von den Zinserträgen in der Lage sind, die Garantien zu verdienen und die Zinszusatzreserve zu finanzieren. Um dies zu erreichen, wird auch bei leicht steigenden Zinsen das Risiko von Investitionen niedriger gerateter Wertpapiere im Investmentranking erforderlich sein. Dadurch wird vermutlich das Gesamtrating des Portfolios zurückgehen. Zudem müssen Neuanlagen auch auf die Auswirkungen in Bezug auf das SCR unter Solvency II untersucht werden. Mit der Neuanlage von Kapitalanlagen werden somit komplexe Herausforderungen angesprochen.

Nachdem der Startzeitpunkt für den Beginn von Solvency II mit Januar 2016 festgelegt ist, werden wir die Planung aktualisieren und die bereits eingeleiteten Maßnahmen vertiefend umsetzen. Wir sind uns bewusst, dass Solvency II ein wichtiges Projekt ist, das in den nächsten zwei Jahren weitere erhebliche Kapazitäten in Anspruch nehmen wird und in die entsprechenden Abteilungen zur Umsetzung zu überführen ist. Die zeit- und kosteneffiziente Umsetzung dieses Projektes wird eine der großen Herausforderungen für 2014 darstellen, zumal auch bereits im Jahr 2014 Meldungen an die BaFin zu erwarten sind.

Chancen für die Delta Lloyd Pensionskasse AG sehen wir in 2014 in der Möglichkeit, Verwaltungsprozesse kosteneffizient zu optimieren. Zudem sehen wir die Chance, freiwerdende liquide Mittel durch Abläufe von Wertpapieren bei steigenden Zinsen unter Einbeziehung der Auswirkungen einer Kaufentscheidung für das SCR nach Solvency II zielgerichteter im Rahmen der Anlagevorschriften investieren zu können.

Als Chance sehen wir auch die Verschmelzung der Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH auf die Delta Lloyd Lebensversicherung AG. Das Anlagemanagement verwaltet und managed sowohl die Hypotheken als auch die Grundstücke der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften. Eine Verschmelzung bietet insbesondere in Bezug auf Kostenoptimierung wesentliche Vorteile. Diese Verschmelzung wie auch die Verschmelzung der Hamburger Lebensversicherung AG und möglicherweise auch der Delta Lloyd Pensionskasse AG sind Ziele, die wir uns für 2014 gesetzt haben. Die Verschmelzung der Hamburger

Lebensversicherung bietet Vorteile in Bezug auf die Kostenoptimierung aber auch in Bezug auf Kapitalanlagemöglichkeiten. Ob die Delta Lloyd Pensionskasse 2014 verschmolzen wird, hängt auch von der Komplexität der Verschmelzung der beiden anderen Gesellschaften auf die Delta Lloyd Lebensversicherung ab. Diese Verschmelzungen bedürfen einer intensiven und guten Vorbereitung. Verschmelzungen auf Lebensversicherungsunternehmen sind von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) zu genehmigen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Delta Lloyd Deutschland AG hielt am Bilanzstichtag die Mehrheit am Grundkapital der Delta Lloyd Pensionskasse AG. Alleinige Gesellschafterin der Delta Lloyd Deutschland AG ist die Delta Lloyd N. V., Amsterdam.

Den nach § 312 AktG vorgeschriebenen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir erstellt. Am Schluss des Berichtes heißt es: „Nach Prüfung unserer Bücher, Akten und sonstigen Unterlagen sowie nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, erklären wir, dass die Delta Lloyd Pensionskasse AG im Berichtsjahr bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die durch die Delta Lloyd N. V., Amsterdam veranlasste Einstellung des Neugeschäfts stellt einen Nachteil für die Gesellschaft dar. Hierfür besteht gemäß §§ 312 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 311 AktG keine Ausgleichspflicht, da der Vorstand auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens von der Verhaltensweise eines gewissenhaften und ordentlichen Kaufmanns im Sinne des § 317 Abs. 2 AktG nicht abgewichen ist.“

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Göldi

Roppertz

Versicherungsarten

Im Berichtsjahr wurden folgende Versicherungsarten betrieben:

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

I. Rentenversicherung

Altersversorgung durch aufgeschobene Leibrente

II. Kollektivversicherung

Rentenversicherungen der vorstehend genannten Versicherungsarten

III. Zusatzversicherung

Berufsunfähigkeitszusatzversicherung in Verbindung mit einer Hauptversicherung

Bewegungen des Versicherungsbestandes im Geschäftsjahr 2013

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten
I. Bestand am Anfang des GJ	2.150	1.391	7	5	9.644,88
II. Zugang während des GJ:					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentner	0	0	4	3	6.714,00
2. sonstiger Zugang	5	7	0	0	0
3. gesamter Zugang	5	7	4	3	6.714,00
III. Abgang während des GJ:					
1. Tod	3	1	0	0	0
2. Beginn der Altersgrenze	4	3	0	0	0
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	0	0	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	12	2	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkäufen, Rückgewährbeiträgen oder Austrittsvergütungen	41	28	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkäufen, Rückgewährbeiträgen oder Austrittsvergütungen	3	1	0	0	0
7. sonstiger Abgang	0	0	2	1	2.780,04
8. gesamter Abgang	63	35	2	1	2.780,04
IV. Bestand am Ende des GJ: davon:	2.092	1.363	9	7	13.578,84
1. beitragsfreie Anwartschaften	405	318	0	0	0
2. in Rückdeckung gegeben	0	0	0	0	0

Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherung		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl	VSE in TEUR	Anzahl	VSE in TEUR
1. Bestand 01.01.	0	0	553	5.398
2. Bestand 31.12.	0	0	524	5.033
Davon in Rückdeckung gegeben	0	0	524	2.517

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	2013				2012
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Kapitalanlagen					
I. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		2.971.272			0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		17.910.403			12.785.800
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	2.000.000				2.000.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	8.799.891				6.300.056
c) übrige Ausleihungen	22.365				18.814
		10.822.256			8.318.870
4. Einlagen bei Kreditinstituten		700.000			7.950.000
			32.403.931	32.403.931	29.054.669
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen				213.960	194.086
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche	297.395				317.463
b) noch nicht fällige Ansprüche	18.843				59.891
		316.239			
			316.239		377.354
II. Sonstige Forderungen davon: an verbundene Unternehmen	0 EUR (Vj.: 0 EUR)		10.793	327.032	3.959 381.313
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			186.099		183.015
II. Andere Vermögensgegenstände			8.159		31.764
				194.259	214.778
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten				683.475	530.717
Summe der Aktiva				33.822.657	30.375.564

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Bestätigungsvermerk des verantwortlichen Aktuars:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG in Verbindung mit § 118b Abs. 5 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 26.07.2013 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Verantwortlicher Aktuar:
Manfred Engel

Bestätigungsvermerk des Treuhänders:

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsgemäß sichergestellt sind.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Treuhänder:
Manfred Paukert

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

	EUR	2013 EUR	EUR	2012 EUR
A. Eigenkapital:				
I. Gezeichnetes Kapital		3.000.000		3.000.000
II. Kapitalrücklage		4.500.000		4.500.000
III. Bilanzverlust		4.021.474		4.078.788
davon Verlustvortrag	4.078.788 EUR (Vj: 3.594.163 EUR)		3.478.526	3.421.212
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			500.000	500.000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag = Nettobetrag	359.655	359.655		374.282
II. Deckungsrückstellung				374.282
1. Bruttobetrag = Nettobetrag	28.872.108	28.872.108		25.509.568
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				25.509.568
1. Bruttobetrag = Nettobetrag	5.545	5.545		1.487
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				1.487
1. Bruttobetrag = Nettobetrag	290.933	290.933		288.765
			29.528.240	288.765
				26.174.101
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag = Nettobetrag		213.960		194.086
			213.960	194.086
E. Andere Rückstellungen				
I. Sonstige Rückstellungen		0		2.060
			0	2.060
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber: Versicherungsnehmern		638		451
II. Sonstige Verbindlichkeiten		101.293		83.654
davon: aus Steuern	21 EUR (Vj: 2.191 EUR)		101.931	84.105
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit	0 EUR (Vj: 0 EUR)			
davon: an verbundene Untenehmen:	0 EUR (Vj: 0 EUR)			
G. Rechnungsabgrenzungsposten			0	0
Summe der Passiva			33.822.657	30.375.564

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2013

	gesamtes Versicherungsgeschäft			
	EUR	2013 EUR	EUR	2012 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	3.145.374			3.336.131
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	11.443	3.133.932		12.010
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	14.627			12.099
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0	14.627		0
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			3.148.559	3.336.219
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen davon: aus verbundenen Unternehmen	0 EUR (Vj.: 0 EUR)	1.177.254		801.968
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.273		3.308
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			1.179.527	805.276
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			11.917	22.586
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			32	185
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	565.624			630.141
bb) Anteil der Rückversicherer	1.912			0
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		563.712		630.141
aa) Bruttobetrag = Nettobetrag	4.058			17.820
7. Veränderung der übrigen versicherungs- technischen Netto-Rückstellungen		4.058		17.820
a) Deckungsrückstellung			567.770	612.321
aa) Bruttobetrag = Nettobetrag		3.362.540		3.118.227
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		12.276		22.176
8. Aufwendungen für die erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrücker- stattung für eigene Rechnung			3.374.816	3.140.403
9. Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb für eigene Rechnung			10.000	0
a) Abschlußaufwendungen	33.503			37.880
b) Verwaltungsaufwendungen	75.264			88.712
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		108.767		126.592
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			3.401	4.372
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		33.143	105.366	122.220
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		47.727		0
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0		590.153
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			80.870	613.660
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			0	0
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			66.009	64.642
			141.115	-381.295

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2013

	EUR	2013 EUR	EUR	2012 EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		8.066		5.865
2. Sonstige Aufwendungen		90.374		110.295
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			82.309	104.430
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			58.807	-485.725
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			1.492	1.100
6. Verlustvortrag			57.314	-484.625
7. Bilanzverlust			4.078.788	3.594.163
			4.021.474	4.078.788

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Anhang für das Geschäftsjahr

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Angaben im Geschäftsbericht und Anhang erfolgen generell auf volle Euro. Mögliche Rundungsdifferenzen werden billigend in Kauf genommen.

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie nach den geltenden Vorschriften des Aktiengesetzes und des Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) aufgestellt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Darlehen sowie übrige Ausleihungen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip, das heißt, mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert, bewertet, soweit sie dem Umlaufvermögen zugeordnet waren. In Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden im Geschäftsjahr im Umfang der zulässigen Werterhöhung gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben. Wertpapiere, die dem Unternehmen dauerhaft dienen sollen, werden gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen werden dann gemäß gemildertem Niederstwertprinzip grundsätzlich bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen sowie für die Verteilung von Agien über die Laufzeit vorgenommen. Im Geschäftsjahr wurde von dieser Abschreibungserleichterung Gebrauch gemacht. Zuschreibungen erfolgen nur dann, wenn der Grund für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung nicht mehr vorliegt. Bei der Beurteilung der Dauerhaftigkeit wurde das vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) empfohlene 20 % Kriterium angewandt. Wenn der Zeitwert eines Wertpapiers in den sechs Monaten vor dem Bilanzstichtag permanent unter 20 % lag, wurde von dauerhafter Wertminderung ausgegangen.

Abschreibungen bei Grundstücksfondsposten des Anlagevermögens erfolgten allerdings in der Höhe, in der durch Ausschüttungen aus dem Fonds der Marktwert unter dem Buchwert lag.

Abschreibungen auf Inhaberschuldverschreibungen waren nicht erforderlich, aufgrund zinsinduzierter stillen Lasten. Bonitätsprüfungen der Emittenten wie auch die Veränderung von Ratings sind wesentliche Grundlage für die Beurteilung einer dauerhaften Wertminderung bei Kapitalanlagen des Anlagevermögens.

Für die Bilanzierung der Schuldscheinforderungen und Darlehen wird das Wahlrecht nach § 341c Abs. 3 HGB ausgeübt und die Bewertung erfolgt mit den Anschaffungskosten zuzüglich bzw. abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Namenschuldverschreibungen wurden mit dem Nennwert abzüglich geleisteter Tilgungen bilanziert. Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt und gemäß der Effektivzinsmethode aufgelöst.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nennwert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden zu Rücknahmepreisen der Investmentanteile am Bewertungsstichtag bewertet. Die zugehörigen Passivposten werden in gleicher Höhe ausgewiesen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und die sonstigen Forderungen sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Alle anderen Forderungen wurden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die Bewertung der Sonstigen Vermögensgegenstände und der Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte zum Nennwert.

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden für jede Versicherung entsprechend dem Beginnmonat und der Zahlungsweise individuell berechnet. Dabei wurden die steuerlichen Bestimmungen über den Abzug von nicht übertragbaren Beitragsteilen berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für die selbst abgeschlossenen Versicherungen wurde für jede Versicherung entsprechend ihrem Beginnmonat individuell und prospektiv nach dem jeweiligen Tätigkeitsplan berechnet. Dabei wurden die Kosten der laufenden Verwaltung implizit berücksichtigt. Die

rechnungsmäßigen Abschlussaufwendungen wurden jeweils nur insoweit verrechnet, dass sich dadurch keine negativen Werte ergaben beziehungsweise die geschäfts- oder tätigkeitsplanmäßigen Werte der Deckungsrückstellung nicht unterschritten wurden. Die Teile der rechnungsmäßigen Abschlussaufwendungen, für die eine Verrechnung nicht möglich war, wurden als noch nicht fällige Ansprüche an Versicherungsnehmer aktiviert.

Die folgende Tabelle enthält die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Ausscheideordnungen sowie die Zins- und Zillmersätze für insgesamt 99,8 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung zum 31.12.2013.

Versicherungsart	Anteil in %	Sterbetafel	Rechnungs- zins in %	Zillmersatz
Rentenversicherungen	74,04	DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25	40 ‰
Rentenversicherungen	10,54	DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25	10 ‰
Rentenversicherungen	5,26	DAV 2004 R	2,75	40 ‰
Rentenversicherungen	1,02	DAV 2004 R	2,75	20 ‰
Rentenversicherungen	0,20	DAV 2004 R	2,75	0 ‰
Rentenversicherungen	4,39	DAV 2004 R	2,25	40 ‰
Rentenversicherungen	3,89	DAV 2004 R	2,25	20 ‰
Rentenversicherungen	0,43	DAV 2004 R	2,25	0 ‰
	99,77			

Bei den Rentenversicherungen haben wir eine weitere Auffüllung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Die Ermittlung des Auffüllbetrages erfolgte auf Basis der DAV-Richtlinie „Überschussbeteiligung und Reservierung von Rentenversicherungen des Bestandes“.

Die zum Jahresende in die Bilanz eingestellte Deckungsrückstellung entspricht dem um neun Zwanzigstel linear interpolierten Wert zwischen der Deckungsrückstellung auf Basis der Tafel DAV 2004 R-Bestand und der auf Basis der Tafel DAV 2004 R-B20.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Überschussbeteiligung wurde jeweils analog zum Verfahren bei der zugehörigen Hauptversicherung durchgeführt. Die Mittel für die Schlussgewinnanteile der Folgejahre sind so bemessen, dass sich für jede Versicherung der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussgewinnanteils ergibt, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zur gesamten Versicherungsdauer entspricht, unter Berücksichtigung von Storno und Tod abgezinst mit einem Zinssatz in Höhe von 6,0 Prozent.

Die versicherungsmathematische Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte einzelvertraglich und prospektiv.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird durch Einzelfeststellung ermittelt und enthält auch die pauschal ermittelten Beiträge für die Schadenregulierung in der steuerlich zulässigen Höhe. Für die nach Abschluss der Einzelerfassung noch zu erwartenden Spätschäden wird eine Pauschalreserve gebildet. Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde gemäß dem koordinierten Ländererlass des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen vom 22. Februar 1973 ermittelt.

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen richtet sich nach der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Durch die Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss der Delta Lloyd N.V., Amsterdam, verlegten wir einzelne Buchungsschlussstermine zeitlich nach vorne und grenzten die Zahlungsvorgänge über die sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten, sowie über sonstige Vermögensgegenstände ab. Es ergeben sich dadurch keine nennenswerten Einflüsse auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2013

Aktivposten	Bilanzwerte	Anteil	Zugänge	Umb-	Abgänge	Zuschrei-	Abschrei-	Bilanzwerte	Anteil
	Vorjahr	in	TEUR	chungen	TEUR	bungen	bungen	Geschäfts-	in
	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
A.I. Sonstige Kapitalanlagen									
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	3.000	-	-	-	29	2.971	9,17
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.786	44,01	6.401	-	1.257	-	19	17.910	55,27
3. Sonstige Ausleihungen									
a) Namensschuldverschreibungen	2.000	6,88	-	-	-	-	-	2.000	6,17
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	6.300	21,68	2.500	-	-	-	-	8.800	27,16
c) übrige Ausleihungen	19	0,06	4	-	-	-	-	22	0,07
4. Einlagen bei Kreditinstituten	7.950	27,36	-	-	7.250	-	-	700	2,16
Summe A I.	29.055	100,00	11.904	-	8.507	-	48	32.404	100,00
Insgesamt	29.055	100,00	11.904	-	8.507	-	48	32.404	100,00

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Zu A. I. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Abschreibungen in Höhe von 29 TEURO erfolgten auf den Immobilienspezialfonds des Anlagevermögens.

Zu A. I. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Wertpapierart	Buchwert	Zeitwert	Stille Last	Land
	EUR	EUR	EUR	
Inhaberschuldverschreibungen	2.851.923	3.205.738	0	Frankreich
Inhaberschuldverschreibungen	488.000	572.325	0	Irland
Inhaberschuldverschreibungen	1.040.168	1.014.400	25.768	Luxemburg
Inhaberschuldverschreibungen	1.929.434	2.035.018	0	Italien
Inhaberschuldverschreibungen	1.517.358	1.562.325	37.708	Belgien
Inhaberschuldverschreibungen	2.076.913	2.205.807	28.393	Niederlande
Inhaberschuldverschreibungen	2.899.150	3.418.575	0	Sklowakei
Inhaberschuldverschreibungen	5.107.458	5.410.311	120.292	Sonstige
Summe	17.910.403	19.424.497	212.161	

Abschreibungen auf Inhaberschuldverschreibungen waren nicht erforderlich, da die stillen Lasten von 212 TEURO zinsinduziert waren.

Aktivposten	2013				2012			
	Buchwert	Zeitwert	Stille	Stille	Buchwert	Zeitwert	Stille	Stille
	TEUR	TEUR	Reserve	Last	TEUR	TEUR	Reserve	Last
			TEUR	TEUR			TEUR	TEUR
A.I. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.971	2.971	-	-	-	-	-	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.910	19.424	1.726	212	12.786	14.624	1.838	-
3. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	2.000	2.019	19	-	2.000	2.094	94	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	8.800	9.034	419	186	6.300	6.830	530	-
c) übrige Ausleihungen	22	22	-	-	19	19	-	-
4. Einlagen bei Kreditinstituten	700	700	-	-	7.950	7.950	-	-
Summe A I.	32.404	34.171	2.165	398	29.055	31.516	2.461	-
Insgesamt	32.404	34.171	2.165	398	29.055	31.516	2.461	-

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Die Offenlegung von Zeitwerten der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen erfolgt gemäß den Vorschriften § 54 ff RechVersV.

Für die Zeitwertermittlung der Position Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere war der Börsenkurs zum 30.12.2013 maßgebend.

Die Zeitwertermittlung der Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Basis von Zinsstrukturkurven.

Bei übrige Ausleihungen sowie Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Die Gesamtsumme der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug 32,4 Mio. Euro, der Zeitwert dieser Kapitalanlagen betrug 34,2 Mio. Euro, so dass sich ein Saldo von 1,8 Mio. Euro ergibt.

Die Ermittlung, Festlegung und Zuteilung der Bewertungsreserven zu der Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer ist im Kapitel Überschussbeteiligung für das Jahr 2014, Beteiligung an den Bewertungsreserven erläutert.

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen gemäß § 55 und § 56 RechVersV betrug 31,5 Mio. Euro (Vorjahr: 21,4 Mio. Euro).

Der Zeitwert der zu Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen gemäß § 55 und § 56 RechVersV betrug 2,7 Mio. Euro (Vorjahr: 10,0 Mio. Euro).

In den Buchwerten der Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind folgende Werte enthalten, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind:

Bilanzposition	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.910,4	12.785,8

Dadurch wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 212 TEURO nicht vorgenommen, da keine dauerhafte Wertminderung besteht.

Zu B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Fondsbezeichnung	Anzahl der Anteileinheiten	2013 EUR
DWS Akkumula	(19,000)	12.763,44
DWS Europa Strategie (Renten)	(203,000)	7.872,34
F.Temp.Inv.Fds-T.Growth	(773,000)	10.566,91
Sydbank Vermögensverw. Dynam.	(4.011,000)	173.475,75
Sydbank Vermögensverw. Klass.	(202,000)	9.281,90

Zeitwert/ Bilanzwert per 31. Dezember 2013 213.960,34

Passiva

Zu A. Eigenkapital

	01.01.2013 EUR	Veränderung EUR	31.12.2013 EUR
I. Gezeichnetes Kapital	3.000.000	0	3.000.000
II. Kapitalrücklage	4.500.000	0	4.500.000
III. Bilanzverlust	-4.078.788	57.314	-4.021.474
	<u>3.421.212</u>		<u>3.478.526</u>

Das gezeichnete Kapital beträgt 3.000.000 Euro.

Es ist eingeteilt in 3.000 Aktien im Nennbetrag von je 1.000 Euro. Sämtliche Aktien lauten auf die Namen der Aktionäre und sind voll eingezahlt.

Die Delta Lloyd Deutschland AG, Wiesbaden, ist mit 100 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt.

Da die Notwendigkeit für den Organisationsfonds, der 400.000 Euro betrug, nicht mehr besteht, wurde dieser innerhalb der Kapitalrücklage aufgelöst. Somit verändert sich die Kapitalrücklage in ihrer Höhe nicht.

Zu C.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2013 EUR	2012 EUR
Vortrag	288.765	296.302
Entnahme für Gewinnanteile an Versicherte	<u>7.832</u>	<u>7.537</u>
	280.933	288.765
Zuweisung aus dem Überschuss des laufenden Geschäftsjahres	<u>10.000</u>	<u>0</u>
Stand am Bilanzstichtag	<u><u>290.933</u></u>	<u><u>288.765</u></u>

Von der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen auf:

- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Gewinnanteile:	8.086	7.410
- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussgewinnanteile:	1.898	966
- den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der zur Finanzierung von Schlussüberschussanteilen zurückgestellt wird:	176.884	178.553
- den ungebundenen Teil:	104.065	101.836

Die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer und die Gewinnanteilssätze sind in den weiteren Angaben zum Anhang erläutert.

Zu E.I. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich um Rückstellungen für:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Verwaltungsaufwendungen	<u>0</u>	<u>2.060</u>
	<u><u>0</u></u>	<u><u>2.060</u></u>

Eine Rückstellung für Archivierung wurde nicht gebildet. Entsprechende Aufwendungen der Delta Lloyd Lebensversicherung AG hierzu wurden im Rahmen der Kostenverteilung der Delta Lloyd Pensionskasse AG belastet. Eine Rückstellung für externe Jahresabschlusskosten wurde nicht gebildet. Entsprechende Aufwendungen der Delta Deutschland AG hierzu wurden im Rahmen der Kostenverteilung der Delta Lloyd Pensionskasse AG belastet.

Zu F.II. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen hauptsächlich aus Geldeingängen in Höhe von 98.705 Euro (VJ. 79.114 Euro), die noch nicht einem einzelnen Versicherungsvertrag zugeordnet wurden.

Latente Steuern

Zum 31. Dezember 2013 errechnet sich eine künftige Steuerbelastung aus niedrigeren Wertansätzen in der Steuerbilanz bei Beteiligungen aus Personengesellschaften. Dieser Belastung stehen Steuerentlastungen aus Bewertungsunterschieden von Fonds und Rückstellungen gegenüber. Insgesamt ergibt sich am Bilanzstichtag ein Aktivüberhang. Bei der Berechnung legen wir einen Steuersatz von 30 Prozent zugrunde. Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts nach § 274 Abs.1 S.2 HGB, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, ist daher kein Bilanzposten aufzunehmen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

Selbst abgeschlossene Versicherungen (Pensionsversicherungen)	2013 EUR	2012 EUR
1. Kollektivversicherungen		
Laufende Beiträge	3.110.119	3.313.740
Einmalbeiträge	<u>35.255</u>	<u>22.391</u>
	<u>3.145.374</u>	<u>3.336.131</u>
2. Insgesamt		
Laufende Beiträge	3.110.119	3.313.740
Einmalbeiträge	<u>35.255</u>	<u>22.391</u>
	<u>3.145.374</u>	<u>3.336.131</u>
übernommene Rückversicherungen	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>3.145.374</u>	<u>3.336.131</u>

Zu I.3.a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2013 EUR	2012 EUR
Die Erträge aus anderen Kapitalanlagen beliefen sich auf:	1.179.527	805.276
davon: Erträge aus Investmentzertifikaten	111.548	0
davon: Erträge aus Inhaberschuldverschreibungen	672.469	440.415
davon: aus Abgang	2.273	3.308
davon: Erträge aus Namensschuldverschreibungen	85.500	85.672
davon: Erträge aus Schuldscheinforderungen	307.504	268.335
davon: Erträge aus Einlagen bei Kreditinstituten	1.090	10.269
davon: Erträge aus FLV	926	375
davon: Erträge aus übrigen Ausleihungen	490	211

Zu I.9) Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Muttergesellschaft Delta Lloyd Deutschland AG und deren Tochtergesellschaften erbringen Leistungen, die im Rahmen der Konzernumlage abgerechnet werden. Die Delta Lloyd Deutschland AG bildet daher unter anderem auch Rückstellungen für Archivierungskosten für die Tochtergesellschaft.

Zu I.10.a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen

	2013 EUR	2012 EUR
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	33.143	23.507
davon: Aufwendungen für Fondsgebundene Lebensversicherungen	1.000	1.000

Zu II.1. Sonstige Erträge

Die Sonstigen Erträge enthalten im Wesentlichen die Auflösung von Rückstellungen des Vorjahres.

Zu II.2. Sonstige Aufwendungen

	2013	2012
	EUR	EUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.025	25.000
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0	0
Aufw. f. erbrachte Dienstleistungen nicht verb. U	375	250
Aufw. f. das Unternehmen als Ganzes	64.880	84.560
sonstige Aufwendungen	94	485
	<u>90.374</u>	<u>110.295</u>

Honorar des Abschlussprüfers

Gemäß § 285 Nr. 17 HGB wird die Aufschlüsselung des Gesamthonorars der Abschlussprüfer im Konzernanhang der Delta Lloyd Deutschland AG, in den die Delta Lloyd Pensionskasse AG einbezogen wird, angegeben.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen
Die Angabe über Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter aufgeteilt nach Aufwandsarten entfällt, da die Gesellschaft keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt.

Rückversicherungssaldo

Der Saldo aus dem Rückversicherungsgeschäft gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. b RechVersV beläuft sich auf 6.131 Euro (VJ. 7.638 Euro).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds - Finanzierungs - Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellung, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Verpflichtungen hieraus betragen für die Gesellschaft 3,4 TEUR.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 29,7 TEUR.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 274,2 TEUR.

Sonstige Angaben

Konzernstruktur

Die Delta Lloyd Deutschland AG, Wiesbaden ist mit 100 Prozent am Grundkapital der Delta Lloyd Pensionskasse AG beteiligt. Diese Mehrheitsbeteiligung ist uns gemäß § 20 Abs. 4 AktG angezeigt worden. Die Delta Lloyd Pensionskasse AG wird in den Teilkonzernabschluss und Teilkonzernlagebericht der Delta Lloyd Deutschland AG einbezogen.

Der Konzernabschluss der Delta Lloyd Deutschland AG wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Alle Anteile an der Delta Lloyd Deutschland AG gehören der Delta Lloyd N.V., Amsterdam, in deren Konzernabschluss die Delta Lloyd Pensionskasse AG ebenfalls konsolidiert wird. Die Geschäftsberichte sind jeweils am Sitz der Gesellschaft erhältlich.

Die Gesellschaft hat keine eigenen Mitarbeiter. Die Verwaltung wird über Mitarbeiter der Delta Lloyd Lebensversicherung AG abgewickelt.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf Seite 1 dieses Berichtes aufgeführt.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und des Vorstands, gewährte Kredite

Die Mitglieder des Vorstands, die zugleich dem Vorstand der Delta Lloyd Deutschland AG angehören, erhielten für ihre Tätigkeit keine gesonderte Vergütung.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 1.190 Euro (Vj.: 1.190 Euro).

Kredite an Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrats bestanden zum 31.12.2013 nicht.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Göldi

Roppertz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Delta Lloyd Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 24. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christofer Hattemer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Hauptversammlung entscheidet über den Bilanzverlust von 4.021.474,31 Euro. Es wird vorgeschlagen, diesen auf neue Rechnung vorzutragen.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Göldi

Roppertz

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben den Jahresabschluss zum 31.12.2013, den dazugehörenden Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzergebnisses geprüft. Mit dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzergebnisses sind wir einverstanden. Dem Lagebericht haben wir nichts hinzuzufügen.

Während des Geschäftsjahres haben wir uns - auch außerhalb der turnusmäßigen Sitzungen durch Berichte des Vorstands laufend über die Geschäftsentwicklung und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. Soweit nach der Geschäftsordnung für den Vorstand für einzelne Maßnahmen der Geschäftsführung die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurde diese jeweils einstimmig erteilt.

Die Prüfung durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung des Prüfers vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Auch gibt nach Auffassung des Prüfers der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Mit diesem Prüfungsergebnis stimmen wir überein.

Nach dem Ergebnis unserer eigenen Prüfung haben wir keine Einwendungen zu erheben. Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Der Abschluss ist hiermit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Vorstand hat uns den Bericht nach § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie den entsprechenden Prüfungsbericht hierzu vorgelegt. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt: "Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Diesem Ergebnis schließen wir uns an.

Wiesbaden, den 26. Februar 2014

Für den Aufsichtsrat

Paul Kerst Medendorp

Überschussbeteiligung für das Jahr 2014

Den gewinnberechtigten Versicherungsverträgen werden 2014 folgende Gewinnanteile zugewiesen (im Vorjahr abweichende Sätze sind in Klammern [] genannt):

1. Gewinnpläne Renten

Während der Aufschubzeit besteht der Bargewinnanteil aus einem Zinsgewinnanteil in Prozent des Deckungskapitals sowie bei beitragspflichtigen Versicherungen außerdem aus einem Zusatzgewinnanteil in Prozent der jährlichen Rente. Er wird als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Rente verwendet (Bonusrente), falls keine andere Verwendung vereinbart ist. Die Bonusrente ist als beitragsfreie Versicherung ebenfalls gewinnberechtigt. Ist die fondsgebundene Gewinnanlage vereinbart, werden die Bargewinnanteile in einem Investmentfonds kumuliert.

Während der Rentenbezugszeit wird der Bargewinnanteil zur jährlichen Erhöhung der Rente verwendet. Die jährliche Erhöhung bemisst sich in Prozent der Rente.

Ein im Jahre 2014 infolge der geschäftsplanmäßigen oder bedingungsmaßiger Anspruchsvoraussetzungen fällig werdender Schlussgewinnanteil bemisst sich für jedes beitragspflichtige Versicherungsjahr in Promille des Deckungskapitals zum Zeitpunkt der Fälligkeit. Bei den Tarifen mit Wachstumsplan wird die Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre den jeweiligen Erhöhungen entsprechend reduziert.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Aufschubzeit			Rentenbezugszeit
	Zinsgewinnanteil	Zusatzgewinnanteil	Schlussgewinnanteil für das jeweilige Versicherungsjahr ¹⁾	Jährliche Erhöhung
Renten 2003	0 %	0 %	bis 2009 $n \cdot 0,050$ ‰ 2010-2013 $n \cdot 0,025$ ‰ ab 2014 0 [n · 0,025]‰	0,20 % ²⁾ [0,00 %]
Renten 2006	0,25 %	0 %	bis 2009 $n \cdot 0,050$ ‰ 2010-2013 $n \cdot 0,025$ ‰ ab 2014 0 [n · 0,025]‰	0,45 % ²⁾ [0,25 %]
R07, R08, R09	0,75 %	0 %	bis 2009 $n \cdot 0,050$ ‰ 2010-2013 $n \cdot 0,025$ ‰ ab 2014 0 [n · 0,025]‰	0,95 % ²⁾ [0,75 %]
R12	1,25 %	-	-	1,45 % ²⁾ [1,25 %]

¹⁾ Mit n wird die Aufschubzeit in Jahren bezeichnet.

²⁾ Hiervon entfallen 0,20 % [0,00 %] auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 5).

2. Gewinnpläne Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen

Bei Versicherungen mit Leistungsbonus wird im Leistungsfall die Versicherungsleistung erhöht. Der Leistungsbonus bemisst sich in Prozent der garantierten Leistungssumme.

Bei den übrigen Gewinnverwendungsarten bemessen sich die Gewinnanteile in Prozent des gewinnberechtigten Beitrages. Die Gewinnanteile werden je nach Vereinbarung mit den Beiträgen verrechnet, in einem Investmentfonds kumuliert oder verzinslich angesammelt. Im Falle der verzinslichen Ansammlung wird das Ansammlungsguthaben mit dem garantierten Rechnungszins des BUZ-Tarifes und einem Ansammlungsüberschussanteil in Höhe des jeweiligen Zinsgewinnanteils verzinst.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Leistungsbonus	Übrige Gewinnverwendungsarten
BUZ 2004	25 %	20 %
BUZ 2006	25 %	20 %
B07	25 %	20 %
B08	35 %	25 %

Während der Zeit der Berufsunfähigkeit wird weiterhin ein jährlicher Zinsgewinnanteil in Höhe von 0,25 % (Gewinnpläne BUZ 2004 und BUZ 2006) bzw. 0,75 % (Gewinnpläne B07 und B08) des maßgeblichen Deckungskapitals gewährt. Soweit sich der Zinsgewinnanteil auf den Beitragsbefreiungsteil der Berufsunfähigkeitszusatzversicherung bezieht, erfolgt eine verzinsliche Ansammlung. Im Übrigen wird er zur Erhöhung der Rentenzahlung verwendet.

3. Direktgutschrift

Die gewinnberechtigten kapitalbildenden Versicherungen erhalten eine Direktgutschrift in Prozent des maßgebenden Guthabens der Versicherungsnehmer. Sie beträgt

- 0,00 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 3,25 %,
- 0,25 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 2,75 %,
- 0,75 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 2,25 %,
- 1,25 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 1,75 %.

Die Direktgutschrift beläuft sich jedoch maximal auf einen Betrag in Höhe des Zinsgewinnes gemäß oben stehender Deklaration. Die Direktgutschrift wird auf die Überschussbeteiligung angerechnet.

4. Abgrenzung

Den gewinnberechtigten Versicherungsverträgen werden im Kalenderjahr 2014 die oben genannten Gewinnanteile zugewiesen. Soweit der Versicherungstichtag nicht mit dem Kalenderjahresbeginn übereinstimmt, gelten für Gewinnanteile, die vor dem Stichtag in 2014 zugeteilt werden, die Vorjahresgewinnsätze anteilig. Für die übrigen Gewinnanteile, die im Kalenderjahr 2014 zugewiesen werden, gelten in diesem Fall die oben stehenden Gewinnsätze anteilig.

5. Beteiligung an Bewertungsreserven

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Bewertungsreserven sorgen für Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge am Kapitalmarkt auszugleichen. Die Versicherungsverträge werden nach einem verursachungsorientierten Verfahren an den Bewertungsreserven beteiligt (§ 153 VVG).

Die Bewertungsreserven im Sinne von § 153 VVG und deren Zuordnung auf die anspruchsberechtigten Verträge werden jährlich zum 31.12. neu ermittelt (Bewertungsstichtag). Soweit die Bewertungsreserven auf anspruchsberechtigte Versicherungsverträge entfallen, werden sie diesen Verträgen zur Hälfte zugeordnet. Die Zuordnung auf den einzelnen Vertrag erfolgt dabei nach Maßgabe der Höhe des Deckungskapitals und der Dauer, in der es vorlag. Sofern an einzelnen Bewertungsstichtagen keine Bewertungsreserven vorhanden waren, bleiben hierbei Zeiten unberücksichtigt, die vor diesen Stichtagen lagen.

Anspruchsberechtigt sind die Hauptversicherungen der Gewinnpläne Renten.

Der zugeordnete Teil der Bewertungsreserven wird bei Beendigung der Ansparphase ausgezahlt. Bei aufgeschobenen Rentenversicherungen wird – sofern sie in den Rentenbezug übergehen – der zugeordnete Teil bei Rentenbeginn verrentet.

In der Rentenbezugszeit werden Rentenversicherungen über eine angemessen erhöhte laufende Überschussbeteiligung an Bewertungsreserven beteiligt. Abweichend vom zweiten Absatz ist hierfür der Stand der Bewertungsreserven zum Quartalsende vor Deklaration maßgeblich.

Buchhalterisch erfolgt die Auszahlung bzw. Verrentung in Form einer Direktgutschrift.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Göldi

Roppertz